

AUSGABE 2019

# STREITKULTUR

WOFÜR ES SICH ZU STREITEN LOHNT



ANSTÖSSE

Praxisbuch Politik:  
**EUROPA**



WILLI-EICHLER-  
AKADEMIE e.V.

[www.streitkultur-magazin.de](http://www.streitkultur-magazin.de)

### **VORWORT**

// Martin Schilling

S. 03

### **EUROPA - IN VIELFALT ENTZWEIT?!**

Perspektiven für eine europäische Identität // Stefan Stader

S. 04-07

### **EUROPÄISCHE IDENTITÄT**

„Europa kann die großen Herausforderungen der Zukunft nur meistern, wenn die Staaten der Europäischen Union an einem Strang ziehen“ // Bernd Lange

S. 08-10

### **EUROPAS GESTALTUNGSPOTENZIAL NUTZEN**

Die EU kann Problemlöser sein, wenn sie sich von der Marktgläubigkeit verabschiedet // Prof. Dr. Björn Hacker

S. 11-14

### **MEDIEN UND EUROPÄISCHE ÖFFENTLICHKEIT(EN)**

Es ist selten, dass europäische Themen auf der medialen Agenda in Deutschland landen // Prof. Dr. Frank Überall

S. 15-17

### **DER HUB**

Eine Anlaufstelle für die europäische Zivilgesellschaft // Paulina Fröhlich

S. 18-20

### **MIGRATIONSPOLITIK PROGRESSIVER PARTEIEN**

Blick nach vorne statt nach rechts // Rainer Faus und Jonas Dohr

S. 21-24

### **ZWISCHEN PESSIMISMUS DES VERSTANDES UND OPTIMISMUS DES WILLENS**

Wie gelingt ein europäischer Aufbruch? // Hendrik Küpper

S. 25-31

### **PERSPEKTIVEN FÜR DIE EUROPÄISCHE SOZIALDEMOKRATIE**

Führt der Weg die europäische Sozialdemokratie in die politische Bedeutungslosigkeit? // Axel Schäfer und Ulf Stückemann

S. 32-35

### **WIR MÜSSEN WIEDER STREITEN LERNEN!**

Ein Kommentar // Birgit Sippel

S. 36-38

### **RETTET DEN MULTILATERALISMUS!**

Mehr Engagement für eine regelbasierte Ordnung // Dr. Rolf Mützenich

S. 39-44

### **IMPRESSUM**

Die **STREITKULTUR** wurde gegründet vom Verein für politische Bildung und Information Bonn e. V. (VPI Bonn) und ist heute eine Publikation der Willi-Eichler-Akademie e.V.

**Herausgeber:** Willi-Eichler-Akademie e.V.,

Venloer Wall 15, 50672 Köln, Tel.: 0221-168 898 70, E-Mail: kontakt@web-koeln.de

**Redaktion:** Martin Schilling (verantwortl.), Dr. Sebastian Scharte, Stefan Stader, Katja Weierstall, E-Mail: redaktion@streitkultur-magazin.de

**Layout, Satz:** Regina Fischer

**Fotonachweise:** Timo Klostermeier/pixelio.de (Titel), Luop/pixelio.de (S. 4), Tim Reckmann/pixelio.de (S. 7, 8, 16), Stefan Stader (S. 10, 25, 29, 34, 39, 41, 42, 44), Jakob Ehrhardt/pixelio.de (S. 11), Thorben Wengert/pixelio.de (S. 13), Andreas Hermsdorf/pixelio.de (S. 15), Martin Schilling (S. 18), Nils Kickert/pixelio.de (S. 20), Wes/pixelio.de (S. 21), Rudolf Ortner/pixelio.de (S. 32), Helmut J. Salzer/pixelio.de (S. 36), Medienagentur Wildsicht (S. 37)



WILLI-EICHLER-  
AKADEMIE e.V.

# VORWORT

## LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE DER WILLI-EICHLER-AKADEMIE,

wir haben uns aufgemacht, europäische Themen stärker in unserer politischen Bildungsarbeit zu verankern. Die Europawahl und die nachfolgenden Diskussionen über die Besetzung der verschiedenen Posten zeigen, dass es wichtig ist, die europäischen Zusammenhänge zu verstehen.

Die Brexit-Diskussion macht deutlich, was wir zu verlieren haben, wenn sich die Kräfte durchsetzen, die auch aus dem EU-Parlament heraus ihre europafeindliche Agitation fortsetzen können. Als politischer Bildungsträger sehen wir unsere Aufgabe darin, den Menschen in Nordrhein-Westfalen und anderswo Hintergründe aufzuzeigen und die unterschiedlichen Betrachtungsweisen zu vermitteln. Nordrhein-Westfalen liegt mitten in Europa, und als Deutsche wissen wir es zu schätzen, dass es die Europäische Union gibt. Es bedarf aber auch des Engagements vieler, um aus der europäischen Idee mehr als ideelle Vorstellungen zu machen.

Die vorliegende Streitkultur ist ein Beitrag, um dieses Ziel zu erreichen. Die Mitgliedschaft bei SOLIDAR, einem europäischen Netzwerk von Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich für die Förderung der sozialen Gerechtigkeit in Europa und weltweit einsetzen, bietet uns eine erweiterte Plattform für unsere Arbeit und schafft viele neue Impulse.

Wir wünschen uns die kritische Begleitung unserer Arbeit, viele Unterstützer und neue Impulse. Vielleicht ist dieses Heft für unsere Leserinnen und Leser der Anstoß, sich intensiver mit der europäischen Idee auseinanderzusetzen. Ich würde mich freuen, wenn wir Rückmeldungen bekommen oder uns bei einer unserer Veranstaltungen kennenlernen. //

### Für die Redaktion



Martin Schilling,  
Vorsitzender der Willi-Eichler-Akademie



Wir haben uns  
aufgemacht,  
europäische Themen  
stärker in unserer  
politischen Bildungs-  
arbeit zu verankern.

# EUROPA – IN VIELFALT ENTZWEIT?!

“

Herr Janosch, was ist eigentlich Identität?  
„Wenn man in einer gestreiften Hose vor dem Spiegel steht und der Meinung ist, dass die Person im Spiegel dieselbe ist wie die eigene, hat man das mit der Identität gut verstanden.“<sup>1</sup>

## PERSPEKTIVEN FÜR EINE EUROPÄISCHE IDENTITÄT

Die Willi-Eichler-Akademie hat ein neues Projekt unter dem Titel „Perspektiven für eine europäische Identität“ gestartet. Mit diesem wollen wir die Möglichkeiten einer gemeinsamen europäischen Identität sowie eventuelle Anknüpfungspunkte dieser Identität ausloten. Europa und Identität – kann es das geben, und was ist eine europäische Identität?

Europa ist nach der Europawahl so bedroht wie vielleicht noch nie. Rechtspopulisten und Euroskeptiker bündeln ihre Kräfte und wollen blockieren, spalten und die Europäische Union auseinanderfallen sehen.

In den letzten Jahren hatten wir es in Europa mit vielen Krisen zu tun. Die Finanzkrise 2008 wurde zu einer europäischen Währungskrise und ging in eine Staatsschuldenkrise über. Als Auslöser der Finanzkrise gilt das Platzen der Immobilienblase in den USA, die dann Ende 2009 Griechenland in große finanzielle Schwierigkeiten brachte und sich zu einer weltweiten Wirtschaftskrise auswuchs. 2015 erreichte Europa dann die sogenannte Flüchtlings- oder Migrationskrise. Es gab einen starken Anstieg von ein- und durchreisenden Flüchtlingen. Dies führte in vielen europäischen Staaten zu gesamtgesellschaftlichen Problemen.

<sup>1</sup> ZEITmagazin, 19.06.2019.  
<https://www.facebook.com/ZEITmagazin/photos/a.387396646926/10156077501231927/?type=3&theater>

Diese Krisen der letzten Jahre haben die Debatten nach der Zukunft der EU neu entfacht. Die Bürger\*innen haben den Eindruck, dass Europa die Probleme nicht lösen kann. Die Krisen 2008 und 2015 sowie aktuell die Klimakrise, für die weltweit jeden Freitag junge Menschen auf die Straße gehen, vermitteln den Eindruck, dass Europa es nicht richten kann.

Bei den Verhandlungen zur Besetzung der europäischen Spitzenämter im Juni und Juli 2009 mussten wir erleben, dass sich die europäischen Staats- und Regierungschefs über das Spitzenkandidatenprinzip bei der Europawahl hinwegsetzten und eine eigene Kandidatin als europäische Kommissionspräsidentin, die vorher nicht zur Wahl stand, benannten. Dies ist eine Demontage europäischer Demokratie. Wer mit dem gewählten europäischen Parlament so umgeht, untergräbt die Demokratisierung der europäischen Institutionen.

Wenden wir unseren Blick dem Brexit zu. Dort wird nur die Frage nach Kosten und Nutzen gestellt. Die Briten fragen: Was kostet uns Europa? Die emotionale Frage wird nicht gestellt. Gehören wir als Großbritannien zu Europa, und wollen wir auch weiter dazu gehören?

Was würden die europäischen Bürger\*innen verlieren, wenn das vereinigte Europa auseinanderbrechen droht oder sich entzweit? Längst ist es selbstverständlich und alltäglich geworden, dass wir in Frieden und Freiheit leben können. Wir können frei reisen, überall arbeiten und studieren, wohnen an den verschiedenen Enden Europas. Diese Selbstverständlichkeiten nehmen wir nur bedingt wahr.

Wir leben in einem Spannungsfeld zwischen dem Lebensgefühl, ein Europäer sein zu können, und der „Heimatliebe“. Gibt es auch eine Europaliebe bei den Bürgerinnen und Bürgern, die in Europa ohne Angst leben können?

Da es Europa scheinbar nicht richten kann, sagen viele, dass es die nationale Ebene richten muss. Viktor Orbán hat es in einer Rede auf den Punkt gebracht: „Vor dreißig Jahren haben wir noch gedacht, Europa sei unsere Zukunft, und heute denken wir, dass wir die Zukunft Europas sind.“

Der Gründungsmythos Europas erlebt gerade die Renaissance des Nationalismus. Europa ist der Sündenbock. Die Menschen identifizieren sich mit der eigenen Nation und nur zum Teil mit Europa. Wir erleben eine Virulenz des Nationalismus.

Für das Gefühl der Identität scheint das europäische Projekt zu weit weg zu sein. Entscheidungsprozesse sind nicht durchschaubar und werden als nicht lösungsfähig erkannt. Das Ergebnis: Viele europäische Bürger\*innen wenden sich ab. Menschen brauchen aber Zugehörigkeit, und Europa muss das anbieten. Eine kollektive europäische Identität hat sich so wenig entwickelt. Seit 70 Jahren hat sich scheinbar nichts verändert. Das europäische Projekt scheint als Elitenprojekt tot zu sein. Zwischen Eliten und Bürgern zeigt sich eine Kluft bei der Zustimmung zum Integrationsprozess.

### **IDENTITÄT BEDEUTET, ICH MUSS MICH IDENTIFIZIEREN KÖNNEN.**

Die Debatte um die Voraussetzungen für die Herausbildung einer europäischen Identität ist neu entfacht. Gemeinsam geteilte Vergangenheitsdeutungen werden häufig als eine wichtige Voraussetzung für die Herausbildung kollektiver Identitäten genannt.

Empfinde ich mich selber als Europäer, und von welcher Zugehörigkeit zu welchem Europa rede ich? Sind wir uns unseres „Europäisch-Seins“ bewusst oder ist es selbstverständlich?

Ein Nachdenken über europäische Identität kann sicher auch unser europäi-



Wir leben in einem Spannungsfeld zwischen dem Lebensgefühl, ein Europäer sein zu können, und der „Heimatliebe“. Gibt es auch eine Europaliebe bei den Bürgerinnen und Bürgern, die in Europa ohne Angst leben können?



Brauchen wir eine europäische Identität? Ergibt sich diese europäische Identität aus unserer gemeinsamen Geschichte? Wird sie im gesellschaftlichen Diskurs fortlaufend neu konstruiert? Basiert sie auf den zentralen europäischen Werten der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Gleichheit?

sches Selbstbewusstsein stärken. Wir leben in einer komplexen, multikulturellen und multipolaren Welt. Die Vergewisserung der eigenen Identität kann nur im Miteinander und der Koexistenz mit anderen gefunden und erlebt werden.

Was bedeutet es, Europäer zu sein? Nach den schlimmen Erfahrungen von zwei Weltkriegen war die Rettung der Nationalstaaten nur in einem geeinten Europa möglich. Europa war der Ausgleich zwischen den Ungleichheiten der Nationalstaaten. Bis 1989 verband Europa auch der Antikommunismus. Nach dem Fall der Mauer und dem Wegfall der physischen Bedrohung kam es zu einer vertieften Betrachtung der Grundlagen Europas und seines Einigungsprozesses und der Vervollständigung eines geeinten Europas. Die Geschichte dieses europäischen Kontinents hat die Werte geformt. Respekt und individuelle Menschenwürde, die Freiheiten, die Rechte, das Prinzip der Solidarität, Gleichheit vor dem Gesetz, Schutz der Minderheiten, Trennung der Gewalten und politischer Pluralismus, demokratische Institutionen.

Auch wenn Europa heute multikulturell ist, so müssen wir doch als Europäer auch die Zwiespältigkeit unserer Geschichte sehen. Europa hat nicht nur die Menschenrechte hervorgebracht, sondern auch in Deutschland auf dem Boden dieses europäischen Kontinents den Holocaust. Europa hat mit der industriellen Revolution auch das Ausplündern der Natur begonnen. Die Rettung des Klimas ist heute auch eine Schicksalsfrage Europas. Europa hat es geschafft, dem eigenen Kolonialismus

ein Ende zu setzen. Diese Widersprüchlichkeiten der europäischen Zivilisation müssen wir im Blick und im Gedächtnis haben. Wir setzen uns heute von unseren „barbarischen“ Vorfahren ab und meinen, wir sind anders, wir werden so nicht mehr sein. Aber wer garantiert uns dies? Lassen wir als Europäer nicht auch Menschen im Mittelmeer ertrinken? Sind wir tatsächlich eine solidarische Gesellschaft und füreinander da?

Identität braucht eine gemeinsame Erzählung. Vielleicht eine Meistererzählung? Wir Europäer brauchen vielleicht kein gemeinsames kulturelles Gedächtnis, aber ein Gedächtnis der Vielen, das die unterschiedlichen geschichtlichen Hintergründe, Brüche der Zivilisation und der Lebensläufe, aber auch die Erfahrungen der freiheitlichen Bewegungen und Begegnungen mit umfasst.

Europa ist heute eine Minderheit auf der Welt, eine Region unter vielen. Aber ob Europa trotzdem eine Weltregion ist oder sein kann, wird sich noch zeigen. Europa ist die einzige Region auf der Welt, wo so viele Demokratien nebeneinander und vereint existieren. Obwohl Europa jedoch ein spannendes Projekt ist, besteht die Gefahr der Bedeutungslosigkeit.

Wir wollen eine Debatte über eine Vision für die Zukunft Europas und der Europäischen Union anstoßen. Wie könnte eine Weiterentwicklung der Europäischen Union aussehen? Wollen wir eine europäische Republik oder einen föderalen Zusammenschluss? Wäre die Alternative ein Zurück zu Nationalstaaten? Brauchen wir eine echte Europapolitik mit echten Alternativen?

Und wie könnten diese Alternativen aussehen?

Brauchen wir eine europäische Identität? Ergibt sich diese europäische Identität aus unserer gemeinsamen Geschichte? Wird sie im gesellschaftlichen Diskurs fortlaufend neu konstruiert? Basiert sie auf den zentralen europäischen Werten der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Gleichheit? Muss dieser europäische Wertekanon ergänzt und erweitert werden? Begreifen wir uns als Europäer und haben wir eine bejahende Haltung zu unserer gemeinsamen europäischen Identität, sprich ein Wir-Gefühl? Was bedeutet der Identitätsbegriff für die Rolle und das Selbstverständnis Europas und die Rolle der Europäer in der Welt? Ist die EU noch das europäische Integrationsprojekt?

Die Willi-Eichler-Akademie möchte mit ihrem neuen, von der Bundeszentrale für politische Bildung geförderten Projekt eine Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements unterstützen, um die politischen Instanzen zu stärken und gleichzeitig Merkmale für eine europäische Identität herauszubilden. Das Projekt will versuchen, im Rahmen seiner politischen Bildungsarbeit einen Beitrag zur Schärfung der inhaltlichen Diskussion, der Vernetzung von Akteur\*innen innerhalb der Europäischen Union und der Demokratieerziehung zu leisten.

Unser Projekt „Perspektiven für eine europäische Identität“ werden wir im Rahmen unserer politischen Bildungsarbeit umsetzen. Wir wollen damit einen Beitrag zur Schärfung der inhaltlichen



Diskussion, der Vernetzung von Akteuren innerhalb der Europäischen Union und der Demokratieerziehung leisten. Projektziel ist eine Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, um die politischen Instanzen zu stärken und gleichzeitig Merkmale für eine europäische Identität herauszubilden. Ermöglichen wollen wir Wissensvermittlung und Stärkung von Kompetenzen und Fähigkeiten, die eine aktive Beteiligung in einer demokratischen Bürgergesellschaft ermöglichen; Bewusstsein schaffen für Rechte und Pflichten, Werte und ethische und moralische Fragen innerhalb der europäischen Gesellschaft; Angebote für zielführende Diskussionen und Dialoge, die einhergehen mit Kommunikation und Interaktion.

Wir planen zwei Veranstaltungsreihen unter den Titeln „Blickwechsel“ und „Europäischer Salon“.

In der Reihe Blickwechsel wollen wir den Blick richten auf andere europä-

ische Regionen, Lebensweisen und Menschen. Mit dem Blickwechsel in unterschiedlichen Formaten können Menschen aus europäischen Ländern miteinander ins Gespräch kommen, so dass sich ihnen neue Perspektiven eröffnen. Dabei leitet uns die Frage, was sie und ihre Identität prägt, und inwieweit diese vielleicht eine europäische ist.

Der Europäische Salon soll das Thema „Perspektiven für eine europäische Identität“ mit spannenden Expert\*innen, Politiker\*innen unterschiedlicher Parteien und Bürger\*innen Europas vertiefen und erörtern. Mit diesen wollen wir die Möglichkeiten einer gemeinsamen europäischen Identität sowie eventuelle Anknüpfungspunkte dieser Identität ausloten. Wir wollen in diesem Salon die gemeinsamen europäischen Probleme unserer Zeit in den Blick nehmen.

In unterschiedlichen Veranstaltungsformaten möchten wir von bekannten Denkmustern und Argumentationslogi-



Wir wollen hören, was Europäer\*innen über Europa denken. Und vielleicht können wir ein Stück Europaliebe wecken.

ken abweichen und neue Wege gehen. Wir wollen hören, was Europäer und Europäerinnen über Europa denken. Und vielleicht können wir ein Stück Europaliebe wecken.

Mit unserer „Streitkultur“ und den unterschiedlichen Beiträgen wollen wir erste Denk- und Diskussionsanstöße bieten. Auf diesem Wege möchte ich allen Autorinnen und Autoren für ihre Beiträge danken. //

#### // Von Stefan Stader

Stader ist Pädagogischer Mitarbeiter der Willi-Eichler-Akademie und betreut von Berlin aus das Projekt „Perspektiven für eine europäische Identität“.



# EUROPÄISCHE IDENTITÄT



Dem Zulauf rechts-populistischer Parteien ist nur zu begegnen, wenn die demokratischen Kräfte geschlossen dagegen antreten.

**„EUROPA KANN DIE GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN DER ZUKUNFT NUR MEISTERN, WENN DIE STAATEN DER EUROPÄISCHEN UNION AN EINEM STRANG ZIEHEN.“**

Europäische Identitätskonstruktionen befinden sich im Wandel – dieser Wandel unterlag schon immer bestimmten, globalen Bewegungen. Nicht zuletzt durch das Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen in Europa ist eine europäische Identität oder zumindest eine Einigung auf das, was sie ausmachen sollte, notwendiger als je zuvor, wenn wir Europa nicht den Nationalisten überlassen wollen. Die Einigung der rechtspopulistischen Parteien fußt auf der Ablehnung der Europäischen Union und ihren Errungenschaften.

Rechtspopulisten und Nationalisten stellen sich damit gegen eine pluralistische Gesellschaft, gegen die Gleichberechtigung der Geschlechter und gegen ein friedliches Zusammenleben mit Anderen – auch oder gerade jenseits europäischer Grenzen. Dem Zulauf rechtspopulistischer Parteien ist nur zu begegnen, wenn die demokratischen Kräfte geschlossen dagegen antreten.

Auch deshalb müssen wir die europäischen Grundwerte in den Fokus rücken: Freiheit, Demokratie, Gleichheit,



An erster Stelle steht für mich natürlich eine gemeinsame, selbstbewusste Außenpolitik. Europa kann die großen Herausforderungen der Zukunft nur meistern, wenn die Staaten der Europäischen Union an einem Strang ziehen und mit einer Stimme sprechen.

Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Nur so können wir gemeinsam die Ursachen für rechtspopulistische Tendenzen bekämpfen, die soziale Spaltung der Gesellschaft überwinden und die Globalisierung gerecht gestalten. Darüber hinaus lassen sich die dringenden politischen Fragestellungen unserer Zeit wie zum Beispiel Klimaschutz oder Energieversorgung längst nicht mehr national lösen. Als Sozialdemokratie bekennen wir uns auch deshalb zu einem Europa, das nicht nur Binnenmarkt ist, sondern Rechte- und Wertegemeinschaft. Als Abgeordneter im Europaparlament kämpfe ich für ein Europa, das sich frei, fair und solidarisch entwickelt, mit Meinungs- und Pressefreiheit, mit europäischen Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit, mit guter Arbeit, auskömmlichen und gerechten Löhnen und vergleichbaren Sozialstandards.

An erster Stelle steht für mich natürlich eine gemeinsame, selbstbewusste Außenpolitik. Europa kann die großen Herausforderungen der Zukunft nur meistern, wenn die Staaten der Europäischen Union an einem Strang ziehen und mit einer Stimme sprechen. Mit dem Vertrag von Lissabon ist das Europäische Parlament 2009 erwachsen geworden. Die Kompetenzen des Parlaments sind erweitert worden, sodass wir in vielen Fragen zum Gesetzgeber geworden sind. Wir streiten in Parlament und Kommission für progressive Mehrheiten, um eine fortschrittliche Europapolitik in Zusammenarbeit mit den einzelnen Mitgliedstaaten durchsetzen zu können.

### **DIE PLURALITÄT DER REGIONEN UND DIE BILDUNG EINER EUROPÄISCHEN IDENTITÄT**

Mein Ziel ist es, die oft unübersichtliche Vielfalt europäischer Themen so aufzubereiten, dass jeder einzelne Bürger und jede einzelne Bürgerin erkennen kann, welche Fragen und Entscheidungen wichtig sind. Die Vielfalt der einzelnen Regionen der Mitgliedstaaten ist dabei aus meiner Sicht kein Nachteil. Regionale Besonderheiten werden durch die Europäische Union keinesfalls eingeschränkt oder in Abrede gestellt, sondern durch lokale Förderung sogar noch gefördert und gestärkt. Die Förderung von Regionen sowie kulturellen und sozialen Projekten kann so eine gemeinsame europäische Identität hervorbringen. Entgegen gängiger Vorurteile muss eines betont werden: Europa sitzt nicht in Brüssel oder Straßburg, sondern vor Ort in den europäischen Regionen. Unser wirtschaftliches Instrument der Einigung – der Euro – genießt bereits hohe Anerkennung und ist eine Voraussetzung, grenzüberschreitend agieren zu können.

Zum Teil fehlt den Bürgerinnen und Bürgern trotzdem die Darstellung der starken politischen Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. Hier erkennen wir eine Diskrepanz zwischen der bereits erfolgten wirtschaftlichen Integration und der fehlenden politischen Integration der einzelnen Mitgliedstaaten. Deshalb haben wir in Niedersachsen mit dem Förderatlas, der die durch die Europäische Union geförderten Projekte ausweist, einen Schritt gewagt, Transparenz herzustellen über die po-

sitiven Auswirkungen der europäischen Förderprogramme auf die kommunale, aber auch auf die Landes- und Bundesebene.

Die europäische Identität muss in diesem Sinne auf dem Respekt gegenüber den unterschiedlichen Hintergründen der Regionen basieren, die sich unter dem Dach einer gemeinsamen europäischen Zielsetzung zusammenfinden.

### **UNSERE GRUNDLAGE: DEN EUROPÄISCHEN AUSTAUSCH STÄRKEN**

Die Europäische Union bietet und eröffnet viele Wege, andere Länder, Sprachen und Kulturen kennenzulernen und so auch bei der späteren Berufswahl flexibler und grenzenlos zu sein. Bis heute hat die Europäische Union im Rahmen des Erasmusstipendiums mehr als neun Millionen Studierende bei einem solchen Auslandsaufenthalt finanziell unterstützt und neben der Mehrsprachigkeit die persönliche Horizontenerweiterung und das Schaffen einer europäischen Identität gefördert. Außerdem soll eine halbe Million Menschen die Möglichkeit bekommen, am europäischen Freiwilligendienst oder an Jugendaustauschprojekten teilzunehmen. Besonders innerhalb der jungen Generation, die Europa als Friedens- und Austauschprojekt kennengelernt hat, wird so eine Sensibilität für die Erhaltung dieser Errungenschaften geschaffen. Wichtige Unterstützung leisten hierbei auch die Europaschulen, Städtepartnerschaften und Bewegungen wie „Pulse of Europe“. Wir müssen uns von unserem national geprägten



Die europäische Außenpolitik muss beständig sein und wir müssen uns der verantwortungsvollen Rolle gegenüber China, Russland und den USA bewusst sein.

Bewusstsein verabschieden, um eine europäische Identität wirklich mit Leben zu füllen. Diesen Gedanken müssen wir auch über unser Bildungssystem an folgende Generationen weitergeben.

### **UNSER WEG: EINE GEEINTE EUROPÄISCHE AUSSENPOLITIK UND THEMENERWEITERUNG**

Die europäische Außenpolitik muss beständig sein und wir müssen uns der verantwortungsvollen Rolle gegenüber China, Russland und den USA bewusst sein. In unserer globalisierten Welt müssen wir sowohl wirtschaftlich als auch politisch ein handlungsfähiger Partner sein. Die europäischen Mitgliedstaaten müssen sich daher auch in ihren außenpolitischen Beziehungen einig sein und ihre Zusammenarbeit mit Blick auf die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik intensivieren. Internationale Herausforderungen und vor allem auch Krisensituationen können nur gemeinsam gelöst werden. Wir

müssen die Globalisierung gemeinsam gestalten und dürfen nicht nur auf Konfliktsituationen reagieren, sondern müssen ins politische Agieren kommen. Auch dazu braucht es gemeinsame Werte, die wir zusammen vertreten und nach außen tragen. Wir dürfen den Trumps und Putins dieser Welt nicht das Ruder überlassen.

Besonders nach dem fatalen Ergebnis für die SPD bei der Europawahl sollten wir die thematische Schwerpunktsetzung der Europäischen Union erweitern: Sozialpolitik mit Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes zu verbinden, ist nicht nur das drängende Thema unserer Zeit, sondern können auch am besten von der SPD bearbeitet werden.

### **UNSER ZIEL: EINE EUROPÄISCHE VERFASSUNG**

Wir dürfen keine Angst haben, nationale Souveränität zugunsten einer handlungsfähigen Europäischen Union

abzugeben. Daher sollten die Mitgliedstaaten erneut über die Einführung einer gemeinsamen europäischen Verfassung befinden. Dies kann ein legitimes Mittel zur Schaffung einer europäischen Identität sein, die durch die Mitgliedstaaten gewünscht und aktiv gefördert wird. Eine gemeinsame Verfassung muss vermitteln, dass die Europäische Union mehr ist als eine reine Wirtschaftsgemeinschaft – gemeinsame Werte und politische Ziele müssen verbindlich ausgehandelt werden. Natürlich muss an dieser Stelle auch eine Auseinandersetzung mit globalen Migrationsbewegungen stattfinden. Die Europäische Union darf sich nicht abschotten, sondern muss sich an ihren eigenen Werten und Idealen messen lassen.

So kann der Weg zu einem in Vielfalt geeinten Europa aussehen, das sich auf progressive Mehrheiten beruft. Die klaren, politischen Signale hierfür müssen wir jetzt setzen. //

// Von **Bernd Lange**

Lange ist Mitglied des Europäischen Parlaments, dort stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten und Vorsitzender des Handelsausschusses.



# EUROPAS **GESTALTUNGS-** **POTENZIAL** NUTZEN

## **DIE EU KANN PROBLEMLÖSER SEIN, WENN SIE SICH VON DER MARKTGLÄUBIGKEIT VERABSCHIEDET**

Seit geraumer Zeit erweist sich die EU als unfähig, mit zentralen Herausforderungen eines entgrenzten Finanzkapitalismus, dem Verlust des Aufstiegs- und Wohlstandsversprechens und zunehmenden globalen Risiken gestalterisch umzugehen. Sie zeigt sich auch weder immun noch hat sie ein Rezept gegen das vereinfachende Freund-Feind-Schema als Lösungsangebot für alle Krisen, das die Rechtspopulisten quer über den Kontinent mit Erfolg propagieren. Das Ergebnis der Europawahlen 2019 führt zur erschwerten Koalitionsbildung im Europäischen Parlament, nachdem dem

Rat die Kompromissfähigkeit schon lange abhanden gekommen ist.

Im Konkreten findet die EU keine nachhaltigen Antworten auf aktuell drängende politische Konfliktherde: Die Reform der krisengeschüttelten Währungsunion ist abseits der (noch unvollständigen) Bankenunion seit acht Jahren ohne klaren Fahrplan. Die soziale Spaltung des Kontinents vertieft sich zusehends, da soziale Konvergenz ein sekundäres und optionales Ziel bleibt. Ein einheitlicher Umgang mit Geflüchteten und Wirtschaftsmigran-



Das Ergebnis der Europawahlen 2019 führt zur erschwerten Koalitionsbildung im Europäischen Parlament, nachdem dem Rat die Kompromissfähigkeit schon lange abhanden gekommen ist.



Auf der Suche nach der verlorenen Kompromiss- und Beschlussfähigkeit in der EU fallen zwei Aspekte auf: Zum einen erscheinen die großen Krisen als Sequenz von Entwicklungen in die falsche Richtung, in der jeder Schritt die Kooperationsbereitschaft gesenkt hat.

ten scheitert an nationalen Egoismen und der Diskursveränderung durch die Rechtspopulisten. Europa bewegt sich erst dann, wenn akute Zuspitzungen dringenden Handlungsbedarf erfordern und hangelt sich von Fall zu Fall, ohne ein geordnetes Ganzes erkennen zu lassen. Erst wenn der Druck unerträglich groß ist und eine kritische Masse der ach so stolzen Mitgliedstaaten, die in Brüssel ihre nationalen Interessen verteidigen, ernsthaft fürchten muss, die Folgen ihrer unkooperativen Politik könnten sich gegen das eigene Land wenden, kommt es zu einer Vereinbarung mit den Nachbarländern.

### **METAKONFLIKT ZWISCHEN MARKTGLÄUBIGKEIT UND POLITIKGESTALTUNG**

Auf der Suche nach der verlorenen Kompromiss- und Beschlussfähigkeit in der EU fallen zwei Aspekte auf: Zum einen erscheinen die großen Krisen als Sequenz von Entwicklungen in die falsche Richtung, in der jeder Schritt die Kooperationsbereitschaft gesenkt hat. Die verschleppte und mit falscher Medizin behandelte Eurokrise hat die soziale Spaltung der Union in bislang nicht gekanntem Maße hervorgerufen. Zunehmende soziale Ungleichheit und ein konditioniertes Verständnis von Solidarität sorgten schließlich in der Migrationskrise für unbefriedigende Antworten der Staatengemeinschaft und nationale Alleingänge. Zum anderen gruppieren sich die Konfliktfelder Stabilitätsunion vs. Fiskalunion (Reformbaustelle Währungsunion), Wettbewerb vs. Konvergenz (soziales Europa) und Allokation vs. Integration (Umgang mit Migration) alle um den Metakonflikt zwischen Marktgläubigkeit und Politikgestaltung.

Das marktliberale TINA-Prinzip („there is no alternative“) hat sich über die Jahre offenbar so in den Köpfen festgesetzt, dass politische Gestaltungsoptionen in immer kleineren Bewegungsradien gedacht werden. Doch die Existenz von Alternativen auf der jeweils anderen Seite der hier genannten Konfliktfelder überführt diese Denke als Folge eines von falschen Annahmen geprägten Blicks auf die gesellschaftliche Realität. Diese Realität meldet sich entsprechend kritisch und seit dem „befremdlichen Überleben des Neoliberalismus“ (Colin Crouch) nach dessen Offenbarungseid in der globalen Finanzkrise zunehmend laut zurück. „Das Aufbegehren in der regressiven Moderne“ (Oliver Nachtwey) nimmt dabei verschiedene Formen an. Beispiele sind etwa die wachsende Politikverdrossenheit und Wahlabstinenz, verschärfte Medien-, Eliten- und Systemkritik, der Niedergang der Volksparteien und der Aufstieg der Rechtspopulisten. Wo die Politik in Reaktion auf diese Phänomene mit Ignoranz nicht weiterkommt, entwickelt sie politischen Aktionismus. Doch dieser bewegt sich meist wieder in den engen Bahnen des bereits für Marktlösungen Durchdachten. Die Botschaften an die Bürgerinnen und Bürger tragen dann oft messianische Züge wie etwa in der Austeritätspolitik: Das Heil wird kommen, der Gürtel muss nur um ein letztes Loch noch enger geschnallt werden.

### **SCHRITTWEISE KOOPERATION STATT AD HOC-KRISENMODUS**

In der Debatte über Europas Zukunft ist es etwas aus der Mode gekommen, von kleinen und sachdienlichen Schritten der Integration zu sprechen. Diese

einst nach dem „Gründervater der Europäischen Integration, dem französischen Cognac-Unternehmer und Regierungsbeamten Jean Monnet, benannte Methode bildete seit dem von ihm ausgefeilten und für seinen Außenminister vorbereiteten Schuman-Plan vom 9. Mai 1950 das Erfolgsmodell der institutionalisierten Zusammenarbeit auf dem Kontinent.

Doch Monnets Rezept sektoraler Vergemeinschaftung wurde als Ausgangspunkt für weitere Integrationsschritte funktional überinterpretiert. Grund dafür war der Überschwang der Integrationseuphorie der ausgehenden 1980er und die Erzählung von der zu erwartenden Friedensdividende nach dem „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) in den beginnenden 1990er Jahren. Nur so ist erklärlich, wie François Mitterand und Helmut Kohl auf einen Automatismus vom vervollständigten und erweiterten Binnenmarkt über die Währungsunion hin zur Politischen Union setzen konnten. Der Katzenjammer folgte schnell und mit der Überforderung der losgetretenen Integrationsprojekte wuchs die Kritik an ihnen. Nachdem sie erst überinterpretiert wurde, kam es bald zur völligen Entfremdung von der Méthode Monnet. Im Verfassungskonvent sollte das ganz große Rad der Integration gedreht werden. Alle sich seit dem Scheitern des von ihm erarbeiteten Verfassungsvertrags 2005 einstellenden Krisen der EU lassen die Rufe nach neuen, nach (vor- oder rückwärts) weitreichenden, vor allem aber einfachen Bauplänen für den künftigen europäischen Integrationsprozess lauter erschallen. Doch „mehr“ oder „weniger“ Europa, ein Integrationsprung in die Föderation oder ein



Desintegrationschock durch Rückkehr zum Nationalstaat helfen uns nicht bei der Bewältigung des zentralen Konflikts zwischen Marktgläubigkeit und Politikgestaltung, der die EU im Modus des Lavierens gefangen hält.

### **ES GEHT NICHT UM „MEHR“ ODER „WENIGER“ EUROPA**

Statt sich mit den Details unausgelegener Architektenentwürfe zu großkonzeptionellen Zukunftsbauten zu beschäftigen, benötigt die EU heute konkrete und sachdienliche Schritte zur Überwindung ihrer Krise(n) und Bestimmung ihrer Rolle als politische Gestaltungskapazität. Dabei ist eine Besinnung auf die Aktualität der Methode Monnet hilfreich. Das würde bedeuten, sich von hochfliegenden Plänen eines Komplettumbaus der EU, von Blütenräumen europäischer Bundesstaatlichkeit ebenso wie vom großen Nationalzauber zu verabschieden. Ihre Staatswerdung steht ebenso wenig auf der Agenda wie ihre partielle oder gar vollständige Abwicklung. Die Illusion

eines Zurück zum Nationalstaat der 1960er Jahre zerplatzt an seiner Unvereinbarkeit mit der Moderne und seiner Hilflosigkeit gegenüber globalen Problemen. Nötig ist stattdessen die Konzentration auf das Naheliegende. Von dem Vielen, was in der Europapolitik der letzten 30 Jahre schiefgelaufen ist, zeigt die Analyse eine Konstante: ein zu unkritisches Verlassen auf den gemeinsamen Markt und seine Optimierungsprozesse bei Vernachlässigung des politischen Gestaltungspotenzials. Für die Mitgliedstaaten war es immer einfacher, Grenzen, Zölle und nationale Währungen aufzugeben, als transnationale politische Strukturen, Institutionen und Regeln zu schaffen. Doch die Politische Union kommt nicht von allein.

### **WIE KANN EUROPAS GESTALTUNGSPOTENZIAL NUTZBAR GEMACHT WERDEN?**

#### **(1) Die Währungsunion vollenden**

Als Stabilitätsunion ohne Korrekturen an ihrer Maastrichter Architektur ist die Eurozone zum dauerhaften Krisenmodus



Statt sich mit den Details unausgelegener Architektenentwürfe zu großkonzeptionellen Zukunftsbauten zu beschäftigen, benötigt die EU heute konkrete und sachdienliche Schritte zur Überwindung ihrer Krise(n) und Bestimmung ihrer Rolle als politische Gestaltungskapazität.



Die EU ist das falsche Feindbild, wenn ihre Krisenhaftigkeit und Entscheidungsschwäche beklagt und Globalisierungsverdross, Abstiegsangst und Zukunftssorgen bei ihr abgeladen werden. Es waren die Mitgliedstaaten, die mit nationaler Deregulierung und marktschaffenden europäischen Verträgen der marktliberalen Dominanz das Tor aufgestoßen haben.

oder zum Scheitern verurteilt. Ihr Umbau zu einer Fiskalunion erfordert drei unabdingbare Instrumente: Erstens einen europäischen Stabilisator zur Bekämpfung asymmetrischer Schocks – zum Beispiel eine europäische Arbeitslosenversicherung. Zweitens Garantien der geteilten Risikoübernahme im Krisenfall – in Form der vollständig umgesetzten Bankenunion und einer Gemeinschaftsanleihe. Drittens die frühzeitige Verhinderung makroökonomischer Ungleichentwicklungen durch einen neuen Makrodialog als Europäische Wirtschaftsregierung.

## **(2) Das Europäische Sozialmodell verteidigen**

Im derzeitigen Wettbewerb der Wohlfahrtsstaaten um niedrige Löhne, Steuern und Sozialabgaben werden nicht nur die nationalen Systeme geschädigt: Die EU schleift mit den hohen sozialen Standards eines ihrer wichtigsten und spezifischsten Besitztümer. Die Asymmetrie der europäischen Integration zwischen Marktschaffung und Marktgestaltung kann behoben werden, indem die Europäische Säule sozialer Rechte in einem Sozialprotokoll Vertragsrang erhält und so den Binnenmarktfreiheiten gleichgestellt wird. In der jährlichen Koordinierung des Europäischen Semesters sind soziale, beschäftigungs- und bildungspolitische Aspekte durch

Mindeststandards und Zielwerte zu stärken, die den nationalen Entwicklungen Rechnung tragen. Dies ist zum Beispiel durch eine Mindestlohnnorm bei 60 Prozent des jeweiligen Medianlohns umsetzbar. In der Eurozone ist der Fokus auf Haushaltspolitiken mit einem Sozialen Stabilitätspakt zu balancieren, dessen Verletzung ein soziales Ungleichgewichtsverfahren ermöglicht.

## **(3) Integration als europäische Investitionsagenda ermöglichen**

Über Dringlichkeitslösungen hinaus wird es heute keinen Konsens für ein System zur Umverteilung von Asylbewerbern geben. Dagegen muss das gemeinsame Interesse an einem europäischen Außengrenzschutz genutzt werden, um dessen Inhalte über die reine Grenzsicherung hinaus auszubauen und die Asylstandards einander anzunähern. Zugleich sollten legale Wege für hochqualifizierte Arbeitsmigranten nach Europa eröffnet werden, an denen Staaten mit Fachkräftemangel interessiert sind – ihre Auswahl und Quotierung soll Aufgabe der Europäischen Arbeitsagentur werden. Noch wichtiger als der Aufbau einer europäischen Migrationspolitik ist die langfristige Aufgabe einer gelingenden Integration in die Aufnahmegesellschaften. Diese ist inklusiv zu gestalten und könnte von

der EU durch Investitionsgelder zum Ausbau der kommunalen Infrastruktur unterstützt werden.

## **EUROPA ZUR GESTALTUNG DER GLOBALISIERUNG NUTZEN**

Die EU ist das falsche Feindbild, wenn ihre Krisenhaftigkeit und Entscheidungsschwäche beklagt und Globalisierungsverdross, Abstiegsangst und Zukunftssorgen bei ihr abgeladen werden. Es waren die Mitgliedstaaten, die mit nationaler Deregulierung und marktschaffenden europäischen Verträgen der marktliberalen Dominanz das Tor aufgestoßen haben. Sie können es nur wieder schließen und aus ihrem konfrontativen Modus ausbrechen, wenn Europa ihnen Schützenhilfe durch einen regulierenden Rahmen gibt. Sind die eigenen Krisen überwunden, ist mehr vorstellbar: Von der Finanzmarktregulierung über die Setzung von Arbeits-, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards in Handelsabkommen bis zur Gestaltung einer multilateralen Weltordnung. Wo dies nicht mit allen Mitgliedstaaten der EU möglich ist, sollte eine Avantgarde vorangehen. Europa kann die Globalisierung gestalten, denn globale Risiken sind Scheinriesen, wenn ihnen ein entschlossenes gemeinschaftliches Handeln begegnet. //

## **// Von Prof. Dr. Björn Hacker**

Hacker ist Professor für Europäische Wirtschaftspolitik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin. Im J.H.W. Dietz-Verlag erschien von ihm zuletzt: „Weniger Markt, mehr Politik. Europa rehabilitieren“.

# MEDIEN UND EUROPÄISCHE ÖFFENTLICHKEIT(EN)

## ES IST SELTEN, DASS EUROPÄISCHE THEMEN AUF DER MEDIALEN AGENDA IN DEUTSCHLAND LANDEN.

Beim Streit um die Reform des Urheberrechts war das der Fall oder bei der jüngsten Europawahl. Natürlich stehen auch die Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs auf der Agenda der Zeitungen, Sender und Internetportale. Ansonsten aber herrscht nahezu Funkstille. Während europäische Politik immer tiefer in unseren Alltag eingreift, finden Debatten darüber schon in Deutschland kaum statt – ganz abgesehen von einem Konzept europäischer Öffentlichkeit. Das ist ein Defizit an Demokratie, denn in einem öffentlichen Diskurs werden üblicherweise Argu-

mente für oder gegen Entscheidungen abgewogen.

Die politisch-europäische Identität beschränkt sich meist auf schlaglichtartige Bestandsaufnahmen. Eine umfassende Begleitung und Beschreibung von Strukturen und Prozessen der Entscheidungsfindung in der europäischen Politik findet kaum statt. Zwar ist die Zahl der Korrespondenten in Brüssel und Straßburg recht groß – die Plätze für die Berichterstattung aber sind nicht im gleichen Umfang gewachsen. Immer wieder gab es in der Vergangen-



Die politisch-europäische Identität beschränkt sich meist auf schlaglichtartige Bestandsaufnahmen. Eine umfassende Begleitung und Beschreibung von Strukturen und Prozessen der Entscheidungsfindung in der europäischen Politik findet kaum statt.



Populistische Vereinfachung ist dabei das Konzept, das nicht durch unabhängigen oder gar kritisch berichtenden und kommentierenden Journalismus verwässert werden soll.

heit Entscheidungen auf europäischer Ebene, die in Deutschland erst beachtet wurden, als es schon zu spät war: Die strenge Richtlinie zum Schutz vor Rauchern in Gaststätten beispielsweise oder die Vorschriften für eine umfassende Speicherung von Vorratsdaten bei privaten Netzbetreibern. Die Folge dieser Diskursarmut war der Eindruck, quasi „fremdregiert“ zu werden.

In Zeiten, in denen sich im Netz immer neue Teilöffentlichkeiten bilden, fehlt schon in einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland zunehmend das kommunikative Band zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Ein europaweites Räsonieren über die besten politischen Ideen gibt es schon mal gar nicht. Das mag daran liegen, dass die Kulturen zuweilen weit auseinanderliegen. Ungarn oder Polen haben mit rechtsgerichteten Regierungen eine gänzlich andere Agenda als Frankreich oder Deutschland. Auch der Wert unabhängiger Medien und deren Glaubwürdigkeit werden von den Menschen völlig unterschiedlich eingeschätzt - und das zu Recht, denn nicht überall in der Europäischen Union kann man sich so faktenbasiert und vielfältig informieren wie in Deutschland.

Was aber nach wie vor fehlt, ist eben eine europäische Öffentlichkeit. Es ist schon Jahre her, dass der damalige Bundespräsident Joachim Gauck deshalb einen europäischen Nachrichtenkanal im Fernsehen ins Ge-

spräch gebracht hatte. In jüngster Zeit wird über eine europaweite öffentlich-rechtliche Medienplattform im Netz diskutiert. Das alles sind gute Ansätze, doch sie greifen zu kurz.

Es muss darum gehen, nicht immer nur die nationale Sicht auf europäische Problemstellungen zu reflektieren. Wer es ernst meint mit einer Debatte in allen Mitgliedsstaaten, muss die Themensetzung organisieren. Bei Projekten wie der Auswertung der „Panama Papers“ haben Medienredaktionen aus mehreren europäischen Ländern zusammengearbeitet. Warum ist das bei anderen Themen nicht möglich? Wo blieb die gesamteuropäische Debatte über Urheberrecht, Nichtraucher-schutz oder Vorratsdatenspeicherung?

Wenn die professionellen Medien darauf nicht reagieren, werden neue Marken am Horizont entstehen, die diese Lücke füllen. Wir erleben längst, wie sich politische Parteien auf europäischer Ebene zusammenschließen, um explizit zu versuchen, auf die Öffentlichkeit Einfluss zu nehmen. Wenn etwa die sogenannte „Alternative für Deutschland“ (AfD) im Bundestag über einen eigenen Newskanal im Netz nachdenkt, wird das beim Zusammenschluss der europäischen Rechtsaußen-Parteien nicht anders sein. Auf vielen Politikfeldern haben diese Parteien keine wahrnehmbare Expertise, ihnen geht es um eine möglichst direkte Einflussnahme auf die Öffent-

lichkeit unter bewusster Umgehung journalistischer Medienredaktionen.

Populistische Vereinfachung ist dabei das Konzept, das nicht durch unabhängigen oder gar kritisch berichtenden und kommentierenden Journalismus verwässert werden soll. Konsequenterweise werden viele Veranstaltungen dieser Parteien deshalb auch ohne Pressevertreter durchgeführt - und manche nicht-populistische Partei scheint mittlerweile auf diesen Zug aufzuspringen. Es besteht die Möglichkeit, dass europaweite Öffentlichkeit auf diese Weise zur parteipolitisch gelenkten Arena wird. Wenn professionelle Medien hier eine nachhaltige Lücke hinterlassen, wird sie über kurz oder lang von irgendwem gefüllt.

Das müsste für etablierte Medienunternehmen mit eingeführten und vertrauenswürdigen Marken Anreiz genug sein, ihre Berichterstattung zum Thema Europa massiv auszubauen: über politische Prozesse, aber auch über Wirtschaft und Kultur, über Land und Leute. Als Anreiz dafür werden immer wieder Subventionen ins Gespräch gebracht. Ein solcher Schritt aber ist skeptisch zu betrachten, zumindest muss er wohl überlegt gegangen werden. Denn welche Medienethik will man da zugrunde legen? Eher eine deutsche, die Vielfalt und Pressefreiheit in den Mittelpunkt stellt? Oder eher eine ungarische, die quasi als politisch „gelenkte“ Medienlandschaft funktioniert? Und: Wer wür-

de über die finanziellen Zuwendungen entscheiden? Würden etwa Politiker Einfluss auf Medieninhalte und die Auswahl von Berichterstattern nehmen?

Wenn wir es mit Europa Ernst meinen, brauchen wir einen grundlegenden Neustart – politisch wie gesellschaftlich. Das Europäische Parlament muss mehr Kompetenzen bekommen, damit sich der Wille der Wähler in den Debatten und Entscheidungen auch wirklich widerspiegelt. Politik gilt als System zur Produktion kollektiv verbindlicher Entscheidungen. Dafür sind die gewählten Parlamentarier auf europäischer Ebene aber nur bedingt zuständig. Die Kommission und der Rat haben umfassende Rechte, so dass in diesem „Bermuda-Dreieck“ die Kompetenzen für einzelne Bürger kaum noch klar zu erkennen sind. Das macht zuweilen auch die Berichterstattung über diese politischen Prozesse schwierig.

Wir brauchen aber auch einen europäischen Geist, der sich mit den verbindlichen Weichenstellungen für uns alle diskursiv ernsthaft beschäftigt. Lobbyisten unterschiedlicher Couleur haben längst erkannt, wie wichtig es ist, in Brüssel und Straßburg Einfluss zu nehmen. Viele lassen sich das von großen Unternehmen fürstlich bezahlen. Gleichzeitig regiert in etlichen Redaktionen, die auch über diese Einflussnahmen berichten sollten, der Rotstift. Verlags- und Sendermanager haben oft keine andere Idee, als die Kosten für journalistische Arbeit weiter zu kürzen.

Die französische Medienwissenschaftlerin Julia Cagé hat aber mal mit einem Vergleich zur Autoindustrie darauf aufmerksam gemacht, dass das mittelfris-

tig ein hilf- und sinnloses Unterfangen ist: Wenn man weniger Autos verkauft, könne man auch weniger produzieren und so Mitarbeiter in der Montage einsparen. Die Qualität von jedem einzelnen verkauften und ausgelieferten Fahrzeug bleibe dabei gleich. Wenn man dagegen eine Tageszeitung mache, könne man das Rezept der Personal-Reduktion nicht anwenden, ohne massiv die Qualität des Produkts zu gefährden. Weniger eingesetzte Journalisten bedeuten eben auch weniger qualitative Inhalte!

Dabei ist Journalismus bei genauem Nachdenken mindestens so systemrelevant wie die Banken, zu deren Rettung die Staaten – also die Bürger – Unsummen aufwenden mussten. Natürlich hat es dagegen Proteste gegeben, die finanzielle Rettung wurde aber als alternativlos dargestellt. Eine Rettung des unabhängigen Journalismus ist aber genauso ohne Alternative, wenn man in Deutschland und in Europa die Demokratie dauerhaft verteidigen will. Journalismus unterstützt eben die „Bildung“ von Meinungen, nicht die „Mache“.

Wenn sich die Bürger künftig ihre Meinung nur noch anhand von Journalismus-Surrogaten bilden können, ist der Manipulation Tür und Tor geöffnet. Was passiert denn, wenn der nächste „Influencer“ nicht Rezo heißt und demokratisch argumentiert, sondern von extremistischer Seite kommt und die Massen fasziniert mitreißt? Was geschieht, wenn Unternehmen und Lobbyisten oder Parteien und Fraktionen die Öffentlichkeit bestimmen? Studien in den USA haben ergeben, dass dort die Korruption wuchert, wo es im loka-

len Bereich keine unabhängigen Medien mehr gibt. Wenn niemand bei politischen Prozessen mehr hinschaut und Missstände „an die Öffentlichkeit zerrt“, gedeihen klandestine Zirkel, die sich vor niemandem mehr rechtfertigen müssen. Demokratie sieht anders aus.

Die Gefahren eines massiven Erstarkens populistischer bis nationalistischer Parteien wurden im Vorfeld der Europawahl im Frühsommer 2019 erstmals intensiver öffentlich diskutiert. Der Verlust an Medienvielfalt, die Steuerung von Redaktionen in manchen EU-Ländern und das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit müssen jetzt auf die Agenda, damit sich etwas ändert.

Ein erster Schritt wäre es eben, wenn sich die unabhängigen Medien beharrlich mit dem Zustand des journalistischen „Klimas“ in Europa beschäftigten. Politiker müssen darüber reflektieren, wie die Herausgabe redaktioneller Produkte gesichert werden kann, ohne dass sie selbst in die Versuchung kommen, darauf inhaltlich Einfluss zu nehmen. Und wir alle müssen uns schlicht mehr dafür interessieren, was in unseren Nachbarstaaten passiert, mit denen wir zu einer „Union“ zusammengeschlossen sind. Es kann nicht darum gehen, politische Meinungen nur „gemacht“ zu bekommen und wie Fast Food zu konsumieren. Wer in Freiheit und Demokratie leben möchte, muss sich die Mühe machen, sich Meinungen im wahrsten Wortsinne zu bilden. Journalismus mit seinen (Massen-)Medien und seiner handwerklichen wie berufsethischen Haltung ist das einzige Konzept, das dazu geeignet ist, dafür den notwendigen Rohstoff an Information und Einordnung zu liefern. //

### // Von Prof. Dr. Frank Überall

Überall ist Bundesvorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV) und lehrt Journalismus und Sozialwissenschaften an der HMKW Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft. Im Internet findet man ihn unter [www.politikinstitut.de](http://www.politikinstitut.de).



# DER HUB



Es ist schon verrückt:  
Bürgerinnen und Bürger  
wählen Parteien, die es  
Bürgerinnen und Bürgern  
schwer machen.

## EINE ANLAUFSTELLE FÜR DIE EUROPÄISCHE ZIVILGESELLSCHAFT

Es besteht eine Schiefelage in der Interessenvertretung in der Europäischen Union. Deutlich mehr wirtschaftliche Lobbygruppen treffen EU-PolitikerInnen, um Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen, als es zivilgesellschaftliche Gruppen tun. Das liegt mitunter daran, dass wir kaum eine starke europäische Zivilgesellschaft haben. Diese Tatsache ist bedenklich, wenn wir von einer europäischen Demokratie reden möchten. Eine gebildete, organisierte und vernetzte Zivilgesellschaft ist dazu in der Lage, innovative Ideen zu fördern und zugleich als Korrektiv für den politischen Werdegang zu fungieren. Daher ist es eine entscheidende Aufgabe der kommenden Jahre, die europäische Integration zivilgesellschaftlich zu fördern und zu sichern.

Die Wahlerfolge von demokratiefeindlichen AkteurInnen in unterschiedlichen Ländern Europas haben mitunter dazu geführt, dass die Möglichkeiten der kritischen Zivilgesellschaft eingeschränkt werden. Es ist schon verrückt: Bürgerinnen und Bürger wählen Parteien, die es Bürgerinnen und Bürgern schwer machen.

Für die zunehmende Beschränkung von Handlungsspielräumen zivilgesellschaftlicher AkteurInnen gibt es einen Fachbegriff, man spricht von **shrinking spaces**. Stellen wir uns vor, eine Gruppe – weder staatlich noch kirchlich – gründet einen Verein

mit dem Ziel, Vorurteile gegenüber Minderheiten abzubauen und Begegnungsräume zu schaffen. Sie organisieren Sportevents, geben Interviews, planen Vernetzungstreffen in ihren Räumlichkeiten, treffen Engagierte anderer Länder und so weiter. Es ist ihr gutes Recht, dies zu tun. Sie haben zwar kein Recht auf Erfolg und Beifall, jedoch auf Existenz und Auftritt. Wenn sie erfolgreich sind, dann motivieren sie andere BürgerInnen, ebenfalls aktiv zu werden, prägen den öffentlichen Diskurs durch die Medien, wecken das Interesse von EntscheidungsträgerInnen und schaffen es somit, ihr Ziel – den Abbau von Vorurteilen – langsam umzusetzen. In Ländern, in denen es um die Rechte von Minderheiten nicht besonders gut gestellt ist, kann es sein, dass der Verein sichtbarere, kreativere und radikalere Formen des Aufmerksamkeitsgewinns nutzt: Demonstrationen, Flugblätter, Flash-Mobs, vielleicht auch ziviler Ungehorsam. Nun ist es so, dass in Ländern, denen **shrinking spaces** attestiert werden, einige Formen der Aktivität beschränkt oder sogar untersagt sind. Der Verein erhält keine Räumlichkeiten für ein Büro, keine Zeitung schreibt über ihn, die Demo wird nicht gestattet, keine Stelle fördert ihn finanziell, und ihm ist mangelhafte Rechtssicherheit geboten. Fundamentale Rechte wie die Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit werden eingeschränkt, mancherorts werden AktivistInnen und Engagierte durch Drohungen und öffentliche Diffamierungskampagnen eingeschüchtert.

In dieser unsicheren, ja sogar gefährlichen Position wird der Verein weder Korrektiv sein können, noch innovative Ideen beisteuern dürfen. Sie sind diskreditiert. Jenes Phänomen der **shrinking spaces** gibt es in Europa.

Derzeit sind die meisten AkteurInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen in Europa abhängig vom Nationalstaat. Das Vereinsrecht ist national, die Öff-

entlichkeiten sind national, manchmal hängt der Handlungsspielraum sogar von der Gunst der Regierung gegenüber dem Akteur ab. Wenn wir uns als europäische Zivilgesellschaft begreifen, wenn wir die Schieflage der Interessenvertretung durch einen Demokratisierungsprozess beheben wollen, dann führt kein Weg an einer institutionalisierten Anlaufstelle auf europäischer Ebene vorbei: ein **European Hub for Civic Engagement**. Solch ein Hub würde sicherlich nicht die rechtliche und finanzielle Vormachtstellung der Nationalstaaten auflösen, jedoch könnte er sie dort, wo es nötig ist, relativieren.

### FÜR EINE EFFEKTIVE EINRICHTUNG DIESER STELLE SIND JEDOCH DREI BEDINGUNGEN NÖTIG:

**Erstens** müssen das grundlegende “Design” des Hubs, seine Struktur, seine Funktionen und sein Angebot, von der Zivilgesellschaft selbst kommen. Die Angebote werden nur dann genutzt werden, wenn sie den tatsächlichen Bedarfen entsprechen. Diese kennt die organisierte Zivilgesellschaft selbst am besten. Dennoch benötigt es den politischen Willen von europäischen EntscheidungsträgerInnen, eine solche Stelle einzurichten. Letztendlich muss es ein intelligentes Zusammenspiel der politisch-institutionellen Ebene und der Zivilgesellschaft sein, die einen solchen Hub relevant und nützlich gestaltet.

**Zweitens** ist es essentiell, dass die Civic Tech Community als Teil der europäischen Zivilgesellschaft begriffen wird, nicht als Dienstleister und nicht als Nebenschauplatz. Civic Tech beschreibt die Tätigkeit von ProgrammiererInnen, demokratischen InnovatorInnen und anderen Personen, die technische Mittel für das Allgemeinwohl einsetzen. Sie entwickeln Kommunikationsplattformen, Abstimmungs- und Partizipationswerkzeuge sowie Informationstechni-



Ein European Hub for Civic Engagement. Solch ein Hub würde sicherlich nicht die rechtliche und finanzielle Vormachtstellung der Nationalstaaten auflösen, jedoch könnte er sie dort, wo es nötig ist, relativieren.

ken, welche die öffentliche Infrastruktur verbessern, Inklusion und Integration fördern und im besten Fall strukturelle Hürden der “alten Lösungsansätze” überwinden. AkteurInnen dieses Feldes müssen von Beginn an in den Aufbau eines **European Hub for Civic Engagement** eingebunden werden. Ihre Ideen sollten die Ausgestaltung einer europäischen Plattform prägen.

**Drittens** darf der Hub nicht “nur” Anlaufstelle für Notstände sein. Eine zentrale Stelle, die Informationen, Zuwendung, Ideen und Austausch bietet, soll in erster Linie keine Notfall-Hotline für diskreditierte Organisationen werden, sondern eher eine Art Werkzeugkasten für Organisationen, der ihnen das bietet, was sie eben nicht zu Diskreditierten werden lässt. Selbstverständlich bedeutet das nicht, dass Gruppen aus **shrinking spaces** keine Unterstützung erhalten: das sollen sie unbedingt. Wichtig ist, dass der Hub auch Aufmerksamkeit und Wirkung dort entfaltet, wo Neues entsteht, wo Innovatives gelingt. So muss eine schwedische Gruppe mit dem Gründungszweck XY schnell herausfinden können, dass es bereits eine



tschechische Gruppe mit demselben Ziel und denselben Methoden gibt. Sie lernen sich kennen, tauschen Wissen aus und werden gegebenenfalls Partner für einen gemeinsamen Förderantrag. Die Infrastruktur für ihre interne Kommunikation finden sie online umsonst zum Download bereit und Tutorials, wie gute Öffentlichkeitsarbeit funktioniert, können sie ebenso erhalten.

Einen solchen Hub gibt es nicht. Noch nicht. Aber die gute Nachricht ist: Wissen und Willen ist von Seiten der Zivilgesellschaft vorhanden. Es gibt bereits Vernetzungsinitiativen wie die "Citizens of Europe" oder "Citizens for Europe" – Organisationen mit zu verwechselnden Namen, welche die Kontakte unter En-

gagierten europaweit pflegen und sie zum Teil auch beraten. Auch die bereits genannte **Civic Tech Community** zeigt europaweit Interesse daran und Erfolge dabei, am politischen Diskurs mitzuwirken und Lösungen mitzuentwickeln. Die Frage lautet, ob unterschiedliche AkteurInnen des politisch-demokratischen Spektrums Europas die Dringlichkeit eines Hubs erkennen und bereit sind, Zeit und Geld dafür zu investieren. Werden konservative, liberale und linke AmtsträgerInnen sich gemeinsam an einen Tisch setzen, um die Chancen und Risiken abzuwägen und um zivilgesellschaftliche AkteurInnen anzuhören?

Das Progressive Zentrum in Berlin startet in diesem Jahr ein Pilotprojekt für



Zum Ende des Jahres wird ein wichtiger Schritt getan sein: die Lagevermessung des Bedarfs und das Prototyping der möglichen Antworten. Bildlich gesprochen haben wir Ende 2019 die wichtigsten Baumaterialien für einen **European Hub for Civic Engagement** – gebaut werden muss er dann noch.

einen European Hub. Nach eingehenden ExpertInnen-Interviews zur Lage der europäischen Zivilgesellschaft folgen Workshops mit AkteurInnen dieser, welche ihre Bedarfe erheben und sortieren sollen. Anschließend kommen VertreterInnen der Civic Techs zusammen, um Antworten auf die erhobenen Bedarfe zu gestalten und eigene Ideen und Bedarfe einzubringen.

Zum Ende des Jahres wird ein wichtiger Schritt getan sein: die Lagevermessung des Bedarfs und das Prototyping der möglichen Antworten. Bildlich gesprochen haben wir Ende 2019 die wichtigsten Baumaterialien für einen **European Hub for Civic Engagement** – gebaut werden muss er dann noch. //

// Von **Paulina Fröhlich**

Fröhlich ist Projektmanagerin beim Progressiven Zentrum in Berlin.



# MIGRATIONSPOLITIK PROGRESSIVER PARTEIEN

## BLICK NACH VORNE STATT NACH RECHTS

Seit etwa 2015 steht das Thema Migration in all seinen Facetten verstärkt im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Seitdem in den Jahren 2015 und 2016 die Zahl der Asylanträge in Deutschland sprunghaft angestiegen war, ringen Parteien und Bevölkerung um ihre Haltung zu Fragen von Flucht und Migration. Dabei scheint die Öffentlichkeit polarisiert zu sein: Auf der einen Seite kategorische Befürworter\*innen, auf der anderen Seite radikale Gegner\*innen von mehr Einwanderung. Doch wie denkt die Bevölkerung tatsächlich über Flucht, Migration und Asyl? Stehen sich wirklich zwei Lager so unversöhnlich gegenüber? Nicht nur in konservativen, auch in sogenannten progressiven Parteien

wird längst höchst kontrovers diskutiert, wie mit der Stimmung in der Bevölkerung und der Alternative für Deutschland (AfD) umzugehen sei. Spätestens seit es der dänischen Sozialdemokratie gelang, bei den nationalen Wahlen stärkste Kraft zu werden, wird intensiv debattiert, ob für sozialdemokratische Parteien nicht eine Kombination aus linker Wirtschaftspolitik und autoritärer Innen- und Einwanderungspolitik erfolgversprechend sein könnte.

Antworten auf diese Fragen lassen sich mit Hilfe der von der Berliner Forschungs- und Beratungsagentur *pollytix strategic research* im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführten



Auf der einen Seite kategorische Befürworter\*innen, auf der anderen Seite radikale Gegner\*innen von mehr Einwanderung. Doch wie denkt die Bevölkerung tatsächlich über Flucht, Migration und Asyl?



Anders als die öffentliche Debatte häufig glauben machen kann, ist die Bevölkerung in Deutschland nicht in zwei Lager gespalten.

Studie „Das pragmatische Einwanderungsland. Was die Deutschen über Migration denken“<sup>1</sup> finden. Die Ergebnisse der Studie basieren auf einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung, für die zwischen dem 15. November und 11. Dezember 2018 3.000 Wahlberechtigte telefonisch befragt wurden.

Anders als die öffentliche Debatte häufig glauben machen kann, ist die Bevölkerung in Deutschland nicht in zwei Lager gespalten. Neben einer eher weltoffenen pluralistischen Gruppe, die Zuwanderung weitgehend befürwortet, und einer eher national-traditionellen Gruppe, die Zuwanderung weitgehend ablehnt, gibt

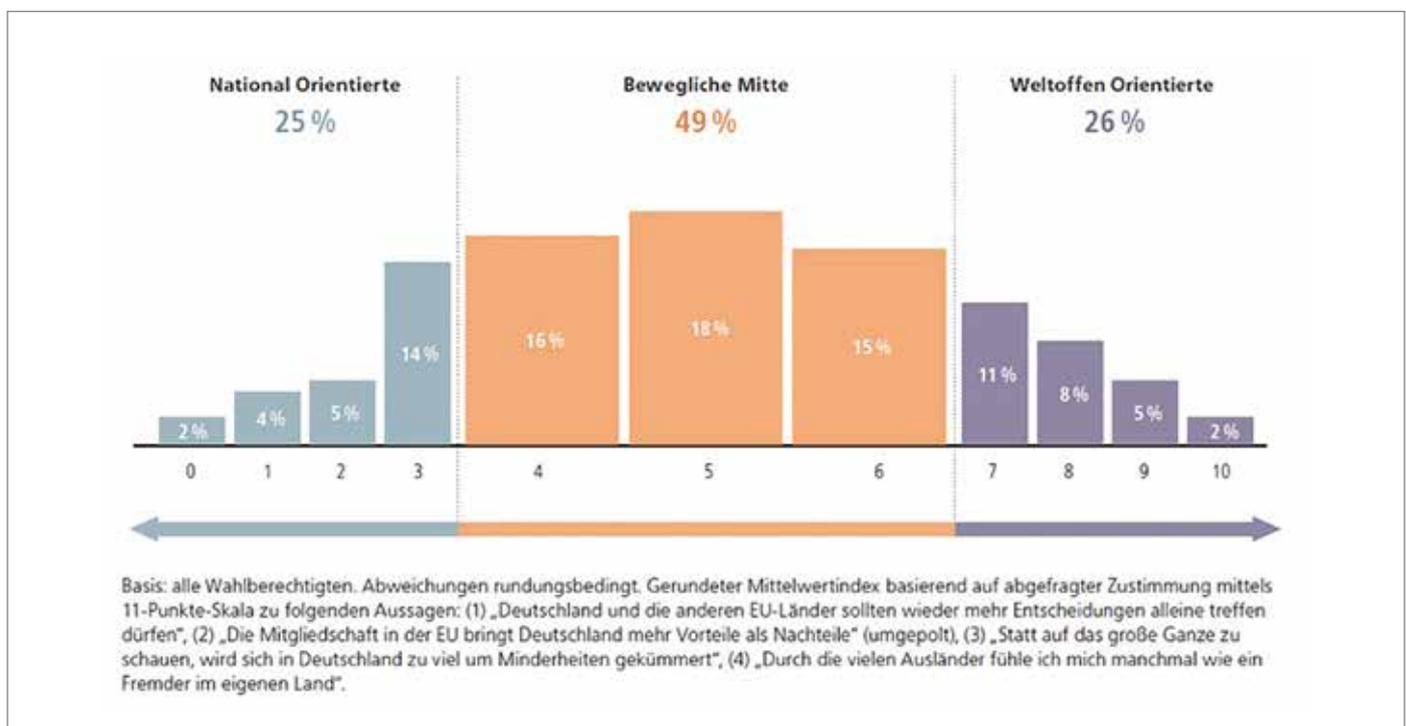
es eine breite Mitte, welche die verschiedenen Facetten von Zuwanderung differenziert bewertet. Sie macht rund die Hälfte der Bevölkerung aus.

Die Hälfte (50%) dieser beweglichen Mitte zieht ein weltoffenes und tolerantes Deutschland einem Deutschland vor, das sich auf seine traditionellen Werte besinnt (46%). Zudem sieht sie in Einwanderung mehrheitlich eine Chance (51% stimmen zu, 25% lehnen ab), genau wie die Wahlberechtigten insgesamt (53% stimmen zu, 29% lehnen ab). Insbesondere die Offenheit gegenüber hoch qualifizierten Migrant\*innen und Personen, die in Branchen arbeiten wol-

len, in denen es an Personal mangelt, ist hoch. In diesen Fällen befürwortet über die Hälfte der Wahlberechtigten in Deutschland ein Mehr an Zuwanderung. Etwas mehr als ein weiteres Viertel würde die Zahl der zukünftig kommenden Migrant\*innen in diesen Fällen auf dem jetzigen Niveau halten wollen. Auch Flüchtlingen, die vor Krieg, Bürgerkrieg oder Verfolgung fliehen, stehen die Deutschen vergleichsweise offen gegenüber (eine deutliche Mehrheit spricht sich für eine gleichbleibende oder steigende Aufnahme aus). Anders verhält es sich jedoch, wenn Menschen ihre Länder aufgrund von Armut oder aus wirtschaftlichen Gründen verlassen. Hier wünscht sich eine deutliche Mehrheit von 57% eine Verringerung der Zuwanderung.

Die Bevölkerungsmehrheit zeigt also eine offene und differenzierte Haltung. Zugleich ist eine deutliche Mehr-

**SICHT DER BEVÖLKERUNG AUF EINWANDERUNG: OFFEN, ABER MIT BLICK FÜR DIE HERAUSFORDERUNGEN KONSTRUKTION DER EINSTELLUNGSGRUPPEN**



Quelle: pollytix 2019.

<sup>1</sup> Faus, R.; Storck, S. (2019): Das pragmatische Einwanderungsland. Was die Deutschen über Migration denken. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

heit überzeugt: Deutschland ist in der Flüchtlingskrise überfordert (56% Zustimmung gegenüber 27% Ablehnung) und die Bundesregierung dabei planlos (68% Zustimmung gegenüber 17% Ablehnung). Das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Politik ist gering. Ihr fehle es zudem an einer Vision für die Zukunft Deutschlands (72% Zustimmung). Neben dieser allgemeinen Skepsis bestehen aber auch konkrete Sorgen in Bezug auf das Thema Einwanderung: Nach der wichtigsten Sorge, es könne zu einer Zunahme von Rechtsextremismus und rassistischer Gewalt (86% sind eher oder sogar sehr besorgt) kommen, sorgen sich die Bürger\*innen vor allem um eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft (81%), eine Zunahme von Kriminalität und Terroranschlägen (73%), um den Einfluss des Islam auf die Gesellschaft (64%) und die Kosten der Integration

(61%). 58% befürchten zudem Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt durch Flüchtlinge und Migrant\*innen.

### PROGRESSIVE PARTEIEN: EIGENE DEUTUNGSHOHEIT GEWINNEN, STATT RECHTSPOPULISTISCHE FRAMES ZU ÜBERNEHMEN

Was folgt aus diesen Ergebnissen für die Politik progressiver Parteien? Klar ist: Wer von einer von Grund auf polarisierten Meinung in der Bevölkerung ausgeht, irrt. Die bewegliche Mitte der Gesellschaft zeigt differenzierte Ansichten zum Thema Migration und Flucht und ist dadurch für unterschiedliche politische Deutungen und Policies zu gewinnen, sofern ihre Bedenken reflektiert werden. Entscheidend dafür ist, dass progressive Parteien die Deutungshoheit über das Thema Migration, genauso wie über das öffentliche und

politische Agenda-Setting an sich, zurückgewinnen:

Progressive Parteien müssen die Deutungshoheit darüber erlangen, was die ausschlaggebenden Zukunftsthemen sind. Sie sollten wieder stärker selbst Agenda-Setter werden, anstatt die Agenda anderer zu bedienen. Dafür bedarf es eines Zukunftsnarrativs für Deutschland, das an Themen anknüpft, die die Menschen abseits des Themas Migration umtreiben. Für 27% der wahlberechtigten Deutschen sind zwar Migration, Flucht und Asyl die Themen, in denen sie die größte Herausforderung für Deutschland in den nächsten zehn bis 20 Jahren sehen, dicht gefolgt jedoch von sozialer Gerechtigkeit (22%). Auf Platz drei rangierten schon Ende 2018 Klima- und Umweltschutz (13%). Beim Thema Klima- und Umweltschutz ist allerdings aufgrund der aktuellen Ent-

### AUFNAHMEBEREITSCHAFT NACH EINWANDERUNGSGRUPPE FINDEN SIE, DEUTSCHLAND SOLLTE ZUKÜNFTIG MEHR ODER WENIGER MENSCHEN AUFNEHMEN, DIE ...



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: Weiß nicht/Keine Angabe. Abweichung rundungsbedingt. Quelle: pollytix 2019.

Quelle: Faus, R.; Storks, S. (2019): Das pragmatische Einwanderungsland. Was die Deutschen über Migration denken. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.



Auf der anderen Seite zeigt sich in der Befragung allerdings auch deutlich, dass es trotz allem keinen Grund für Schwarzmalerei oder gar Fatalismus gibt.

wicklungen rund um *Fridays for Future* und die Wahlerfolge der Grünen davon auszugehen, dass das Thema eher an Bedeutung gewonnen hat. Auch Sorgen wie die bezüglich einer Spaltung der Gesellschaft und der Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt, die im Zuge von Zuwanderung genannt werden, lassen sich für eine Verschiebung des Themenfokus nutzen. Sichtbare und auch unkonventionelle Maßnahmen zur Entspannung des Wohnungsmarktes etwa wirken Sorgen entgegen, auch ohne, dass der von Teilen der Bevölkerung hergestellte Bezug zur Zuwanderung behauptet und bedient wird. Hier lägen also durchaus Ansatzpunkte für progressive Parteien, die öffentliche Debatte wieder stärker selbst zu rahmen und andere Themen als Migration in den Vordergrund zu stellen.

Dabei kann das Thema Migration, Flucht und Asyl nicht vollständig außen vor gelassen werden. Es darf nicht der Eindruck entstehen, progressive Parteien hätten zu einem drängenden Thema wie diesem selbst kein Angebot vorzuweisen oder wollten sich der Debatte entziehen. Daher geht es auch darum, beim Thema Migration die Deutungshoheit stärker für sich zu gewinnen. Das gelingt, indem Aspekte des Themas in den Vordergrund gestellt werden, die auch in der beweglichen Mitte Anklang finden. Das bedeutet zum einen, eine klare und grundsätzliche Offenheit für Migration zu kommunizieren. Zum anderen sollten offensiv eigene Pläne für die Steuerung von Migration und für ei-

nen konkreten nationalen und europäischen Plan zur Integration präsentiert werden. Dabei darf es aber nicht darum gehen, eine autoritäre Agenda zu bedienen, indem etwa humanitäre Grundsätze angetastet werden. Dies führt zu zusätzlicher Legitimierung rechtspopulistischer Frames und Policies statt zur Stärkung progressiver Parteien, deren Anhänger in der überwiegenden Mehrheit weltoffen sind. Ein solches Vorgehen wäre damit sowohl politisch als auch strategisch fehlgeleitet.

Denn Befragungsdaten zeigen deutlich, dass insbesondere die National Orientierten einer stärker umverteilenden Sozialpolitik skeptisch gegenüberstehen und schon aus diesem Grund durch eine Kombination aus linker Wirtschafts- und Sozialpolitik und autoritärer Einwanderungspolitik kaum zu gewinnen sein dürften. Auf die Frage, ob mehr in Soziales, Bildung und Infrastruktur investiert werden sollte, auch wenn dafür die Steuern erhöht würden, stimmen unter den National Orientierten nur 36% zu, in der Beweglichen Mitte sind es 39% und unter den Weltoffen Orientierten sogar 55%. Rund 20% der National Orientierten befürworten sogar ganz im Gegenteil eine Ausgabensenkung zur Verringerung der Steuerlast. Heißt im Klartext: Für linke, soziale Politik gibt es lediglich unter den Weltoffen Orientierten eine Mehrheit, mit National Orientierten ist diese Politik nicht zu machen. Für Deutschland gilt damit, dass für eine linke Sozialpolitik verbunden mit rechter Innen-

und Einwanderungspolitik schlicht das Publikum fehlt.

Stattdessen sollten progressive Parteien also auf einen eigenen, progressiven Plan zu Migration und Integration setzen. Dieser ermöglicht es, Offenheit für Migration zu demonstrieren und zugleich die Steuerungsfähigkeit der Politik deutlich zu machen. Es muss klar werden: Deutschland ist ein Einwanderungsland, das weiß, wie Migration und Integration auch mittel- und langfristig zu handhaben sind. Eine hohe Bedeutung kommt hier etwa der Arbeitsmarktintegration zu. Denn eine deutliche Mehrheit der Deutschen (78%) und selbst der einwanderungskritischen National Orientierten (63%) stimmt der Aussage zu, dass ausreisepflichtige Ausländer, die gut integriert sind und einen Job oder Ausbildungsplatz haben, in Deutschland bleiben dürfen sollten. Am Thema des so genannten „Spurwechsels“ könnte auch insgesamt kommunikativer stärker angesetzt werden, indem Positivbeispiele von gelungener Integration hervorgehoben und in die Debatte eingebracht werden. So lässt sich zum einen die öffentliche Deutung zum Thema Migration und Integration verändern, zum anderen ließe sich so auch der eigene Plan zur Migrationssteuerung und Integration anekdotisch stützen.

Die Themen Migration und Integration sollten bei all dem aber auf der politischen Agenda progressiver Parteien nicht alleine oder losgelöst stehen. Der in der Bevölkerung weit verbreiteten Auffassung, es fehle der Politik an einer Zukunftsvision für Deutschland, muss mithilfe eines umfassenden Zukunftsnarrativs begegnet werden. Migration und Integration werden so zu einem wichtigen Baustein in einem Gesamtgerüst für ein zukunftsfähiges und weltoffenes Deutschland. //

// Von Rainer Faus und Jonas Dohr

Faus ist Geschäftsführender Gesellschafter von *pollytix strategic research gmbh*, Dohr dort Projektmanager.



# ZWISCHEN PESSIMISMUS DES VERSTANDES UND OPTIMISMUS DES WILLENS

## WIE GELINGT EIN EUROPÄISCHER AUFBRUCH?

Am 16. Juni 2019 feierte der Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas seinen 90. Geburtstag. Die zahlreichen Würdigungen in den Feuilletons anlässlich seines Geburtstags stellten dabei nicht nur sein wirkmächtiges philosophisches Schaffen heraus, sondern sahen in ihm besonders einen die Idee des geeinten Europas leidenschaftlich und über Jahrzehnte hinweg verteidigenden Aufklärer, der sich bis heute immer wieder in den öffentlichen Diskurs einschaltet. Erst vor einem Jahr, am 4. Juli 2018, wurde er mit dem Deutsch-Französischen Medienpreis ausgezeichnet und für sein Engagement für ein demokratisch verfasstes Europa geehrt. Plädierte Habermas in seiner Dankes-

rede weiterhin dafür, dass internationale Solidarität statt nationalstaatlicher Alleingänge notwendig sei, so richtete er sich auch unmittelbar an den sozialdemokratischen Außenminister Heiko Maas, der die Laudatio hielt, und die gesamte Sozialdemokratie: „Ich bin der Auffassung, dass die politischen Linken und an erster Stelle – es tut mir Leid, Herr Maas – die verzagten sozialdemokratischen Parteien ihre Wähler normativ unterfordern.“ So habe eine Veröffentlichung der Forschungsgruppe von Jürgen Gerhards zur Frage der Solidaritätsbereitschaft in 13 Mitgliedsstaaten der EU gezeigt, dass sich inzwischen nicht nur ein Bewusstsein europäischer Solidarität herausgebildet habe,

“

„Ich bin der Auffassung, dass die politischen Linken und an erster Stelle – es tut mir Leid, Herr Maas – die verzagten sozialdemokratischen Parteien ihre Wähler normativ unterfordern.“



„Die politische, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit wird man nicht vollständig einstellen, aber der Traum eines freien und geeinten Europa dürfte ausgeträumt sein.“

sondern auch die Bereitschaft europäische Politiken zu unterstützen, die Umverteilung über nationale Grenzen einschließen würde. Statt sich erschrocken hinter nationale Grenzen zurückziehen und kapitalistischen Imperativen das Feld zu überlassen, müsse für die Idee eines geeinten Europas zielstrebig gekämpft werden.<sup>1</sup> Doch nicht nur Habermas, sondern beispielsweise auch die Literatur- und Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann sorgt sich um Europa und macht dabei vier Lehren aus, die als normatives Fundament berücksichtigt werden müssten, um den europäischen Traum retten zu können: Friedenssicherung durch kooperierende Nachbarschaften, die Demokratisierung und Wiederherstellung von Rechtsstaatlichkeit, den Aufbau einer Erinnerungskultur sowie die Wiederentdeckung der Menschenrechte.<sup>2</sup> Sowohl Assmann als auch Habermas stehen trotz der sich in den letzten Jahren verstärkenden Sorgen im Hinblick auf den Zustand Europas exemplarisch für einen Optimismus des Willens, für „Einheit in Vielfalt“ durch eine immer enger zusammenwachsende Union, wie sie der Sternenkreis der EU symbolisch darstellt. Trotz ihrer Sorgen stellen sie das europäische Projekt als solches also nicht in Frage.

Demgegenüber ist in den letzten Jahren vermehrt eine linke Denkrichtung zu beobachten, für die exemplarisch der bulgarische Intellektuelle Ivan Krastev steht und wonach das eu-

ropäische Projekt in seiner jetzigen Form zum Scheitern verurteilt sei. So argumentiert Krastev in seinem Essay „Europadämmerung“, dass der proeuropäischen Linken das Einfühlungsvermögen für das Ressentiment fehle, das besonders im Osten Europas bestehe und dadurch verursacht wurde, so Krastev, dass die Europäerinnen und Europäer „ihre eigene Nachkriegserfahrung mit der Überwindung des ethnischen Nationalismus und der politischen Theologie als Zeichen eines universellen Entwicklungstrends“<sup>3</sup> deuteten. Krastev sieht also einen Zerfallsaugenblick in der Europäischen Union, der sich kaum noch aufhalten ließe und für den charakteristisch sei, dass dieser sich nicht geplant vollziehe, sondern vielmehr durch eine Kette geringfügiger Geschehnisse. Er vergleicht diesen Zerfallsprozess mit dem Zerfall des Habsburgerreiches, wenngleich dies nicht das vollständige Ende der europäischen Zusammenarbeiten bedeuten müsse: „Die politische, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit wird man nicht vollständig einstellen, aber der Traum eines freien und geeinten Europa dürfte ausgeträumt sein.“<sup>4</sup> Darüber hinaus lassen sich weitere Schriften und Positionen innerhalb der intellektuellen bzw. wissenschaftlichen Linken ausmachen, die die EU lediglich und wenn überhaupt durch einen grundlegenden strukturellen Umbau für überlebensfähig halten. Auch der Politikwissenschaftler Dirk Jörke ist dieser Auffassung und plädiert für eine

räumliche Begrenzung der Demokratie und den Umbau der EU zu einer Konföderation.<sup>5</sup> Diesen skeptischen Positionen im Hinblick auf die Zukunft des Europas, wie wir es kennen, lässt sich unterstellen, dass sie das Friedensprojekt Europa normativ zwar durchaus begrüßen, was sie von der politischen Rechten maßgeblich unterscheidet, sie das europäische Projekt aber vor dem Hintergrund der regressiven Tendenzen in Europa – wenn überhaupt – nur grundsätzlich anders strukturiert für überlebensfähig halten.

### **DIE EUROPAWAHL: DREI ERKENNTNISSE FÜR DIE EUROPÄISCHE LINKE**

Doch welche Position hat mit Blick auf den Ausgang der hinter uns liegenden Europawahlen nun Recht? Das interessante dabei dürfte sein: Das Europawahlergebnis liefert Gründe für beide Seiten. Einerseits könnte der Zuwachs der rechtspopulistischen Parteien darauf hinweisen, dass Europa im Zerfall begriffen ist, wenn es sich nicht grundlegend ändert und die Unzufriedenheit innerhalb Europas weiter zunimmt. Andererseits zeigen die Wahlergebnisse auch, dass die Mehrheit der Europäerinnen und Europäer weiterhin am europäischen Projekt festhalten will, für Frieden durch die EU ist und nationalistisch-populistische Positionen strikt ablehnt. Schaut man genauer hin, lässt sich aber auch beobachten, dass der normative Anspruch der Wählerinnen

<sup>1</sup> Die Dankesrede lässt sich in verschriftlichter Form hier nachlesen: Jürgen Habermas, Sind wir noch gute Europäer, <https://www.zeit.de/2018/28/protektionismus-europa-grenzen-rueckzug-herausforderungen/komplettansicht>, 18.6.2019.

<sup>2</sup> Vgl. Aleida Assmann, Der europäische Traum, München 2018.

<sup>3</sup> Ivan Krastev, Europadämmerung, Berlin 2017, S. 14.

<sup>4</sup> Vgl. Dirk Jörke, Die Größe der Demokratie, Berlin 2019.

<sup>5</sup> Ebd. S. 17.

und Wähler nicht unbedingt als Schritt zu einer demokratisch verfassten Weltbürgererschaft zu begreifen ist und auch nicht die Bereitschaft für einen radikal-linken Bruch mit den bestehenden (europäischen) Verhältnissen impliziert. Dafür steht auch der Wahlerfolg der Grünen. Der slowenische Philosoph Slavoj Žižek fasst treffend zusammen: „Die Grünen waren – und sind – die perfekte Option für Leute, die das Gefühl haben wollen, etwas ändern zu wollen, ohne doch wirklich etwas zu verändern. In Deutschland zeigt sich dies gerade exemplarisch: Der Ton der Grünen ist nicht eskalierend, sondern moderierend. Sie halten letztlich am politökonomischen Status quo fest – was sie wollen, ist bloss ein Kapitalismus mit grünem Antlitz.“<sup>6</sup>

Für die europäische Linke lassen sich im Anschluss an die Wahl drei Schlüsse ziehen: **Erstens** lässt sich ein mindestens doppeltes Demokratiedefizit erkennen, das behoben werden muss und nur durch die europäische Linke behoben werden kann: Einerseits machen dies die regressiven Tendenzen innerhalb Europas deutlich und andererseits zeigen der ideenlose und thematisch inhaltsleere<sup>7</sup> Wahlkampf sowie das „Irgendwie soll vielleicht irgendetwas geändert werden, aber bitte nicht zu radikal“ der Bürgerinnen und Bürger eine fehlende politische Streitkultur, durch die sich im Sinne Habermas eine notwendige kritische, informierte und vernunftgeleitete Öffentlichkeit schärfen kann und ohne die legitime Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit – z. B. das Aufkommen neuer Konfliktpotentiale, der Klimawandel, der sich verschärfende digitale Kapitalismus und fortbestehende Menschenrechtsverletzungen – nicht gefunden werden können. Die politische Linke ist im Anschluss daran **zweitens**

durch eine fehlende europäische Vision und das fehlende Eintreten für die Verwirklichung ihrer normativen Ansprüche, sofern diese überhaupt noch vorhanden sind, dafür verantwortlich. Und **drittens** müssen diese Vision und die Revitalisierung der Demokratie auf dem Wege von Sozialreform statt Revolution, also einer sukzessiven Transformation, und durch das Mitnehmen der Menschen in ihrem Alltag und ihren lebensweltlichen Bezügen erfolgen. Ideengeschichtlich war es besonders die inzwischen in ihrer Existenz bedrohte Sozialdemokratie, die diese Ansprüche am ehesten zu beherzigen wusste und auf die ich mich daher im Folgenden besonders konzentrieren möchte.

### DREI THESEN ZUR REVITALISIERUNG DER (SOZIAL-)DEMOKRATIE

Wie müsste ein linker europäischer Aufbruch also aussehen? Welche Antworten müsste die europäische und deutsche Sozialdemokratie geben? Und wie könnte eine Position zwischen einem resignierenden Pessimismus und einem die Tatsachen verkennenden Optimismus aussehen? Ich möchte hierzu drei Thesen skizzieren, von denen ich glaube, dass sie zwar keine vollständige Antwort auf die Fragen geben können, für die Beantwortung dieser Fragen aber dennoch zentral sind.

In seinem Aufsatz „Demokratie oder Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft“ impliziert Habermas schon mit der Fragestellung der Überschrift, dass sich die Demokratie und der Kapitalismus unversöhnlich gegenüberstehen. Der Philosoph schreibt über die europäische Linke zudem: „Die europäischen Linksparteien sind dabei, ih-



Wie müsste ein linker europäischer Aufbruch also aussehen? Welche Antworten müsste die europäische und deutsche Sozialdemokratie geben? Und wie könnte eine Position zwischen einem resignierenden Pessimismus und einem die Tatsachen verkennenden Optimismus aussehen?

<sup>6</sup> Slavoj Žižek, Rechtspopulisten sind nicht das Problem, Linkspopulisten haben sich verrannt – und die Grünen sind die neue Partei des Status quo, <https://www.nzz.ch/feuilleton/zizek-die-gruenen-sind-die-partei-des-status-quo-ld.1488363>, 18.6.19.

<sup>7</sup> Daran konnte auch das existentiell wichtige und aus der Zivilgesellschaft kommende Thema der Nachhaltigkeit nicht grundlegend etwas ändern.



Kapitalistische Logiken und systemische Imperative schaden öffentlichen Diskursen, dringen (über die Medien) immer weiter in das alltägliche Leben ein und begünstigen Rechtspopulismus und demokratiegefährdende Einstellungen.

ren historischen Fehler aus dem Jahre 1914 zu wiederholen. Auch sie knicken aus Furcht vor der rechtspopulistisch anfälligen Mitte der Gesellschaft ein. In der Bundesrepublik bestärkt außerdem eine unsäglich merkelfromme Medienlandschaft alle Beteiligten darin, das heiße Eisen der Europapolitik nicht ernsthaft anzufassen und stattdessen Merkmals clever-böses Spiel der Dethe-matisierung mitzuspielen.“<sup>8</sup> Obwohl der Aufsatz schon vor sechs Jahren verfasst wurde, bringt Habermas allein mit der Überschrift und dem kurzen Zitat Wesentliches auf den Punkt, was sich abstrakt wie folgt formulieren ließe: Kapitalistische Logiken und systemische Imperative schaden öffentlichen Diskursen, dringen (über die Medien) immer weiter in das alltägliche Leben ein und begünstigen Rechtspopulismus und demokratiegefährdende Einstellungen. Es ließe sich auch sagen, dass kennzeichnend für die heutige Zeit ist, dass sich moderne Gesellschaften nur im Prozess der Dynamisierung stabilisieren können, was zu Lasten von Demokratie und nachhaltigen und Zeit erfordernden sozialen Prozessen geht und Resonanzverfahren, also Erfahrungen, in denen man in eine Beziehung zur Welt tritt, zunehmend erschwert werden.<sup>9</sup> Die totale Entbettung der Wirtschaft, das Eindringen von über die Medien Macht und Geld vermittelten Imperativen in lebensweltliche Bereiche (nach Habermas die Kolonialisierung der Lebenswelt) und die daraus resultierende Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche befördern eine Singularisierung<sup>10</sup> und ein Konkurrenzdenken, das in der durch die Digitalisierung und technologischen Fortschritt

kleiner werdenden Welt inzwischen dazu geführt hat, dass dieses nicht mehr nur zwischen unmittelbaren Nachbarn innerhalb des eigenen Landes stattfindet, sondern die Menschen sich selbst auch mit dem Lebensstandard der Menschen anderer Länder vergleichen, soziale Bindungen und Solidarität damit langfristig zerstört werden und Abschottung und Verbarrikadierungen wieder gängige Praxen geworden sind, die im Mittelmeer nicht selten mit dem Leben bezahlt werden. Die erste These die ich im Anschluss an diese skizzierten gesellschaftlichen Entwicklungen vertreten möchte ist, dass das Primat der wirtschaftlichen Macht zurückgedrängt und das Primat der gesellschaftlichen Macht hergestellt werden muss. Im Sinne des sozialdemokratischen Theoretikers Eduard Bernstein muss Demokratie als sozialdemokratisches bzw. demokratisch-sozialistisches Prinzip verstanden werden. Der Journalist und Publizist Tom Stroh-schneider fasst die Bedeutung dieser Position im Sinne Bernsteins und auch im Sinne von Erik Olin Wright treffend zusammen: „Entscheidend sind also die Fortschritte, die gemacht werden können bei den unterschiedlichsten Versuchen, den Hebel im Sinne des gesellschaftlichen Interesses zu verlängern, um damit den Raum für private Aneignungslogiken zu verkleinern.“<sup>11</sup> Würde die europäische Sozialdemokratie sich also wieder auf das theoretische Denken Bernsteins zurückbesinnen, hätte dies nicht nur den Vorteil, dass durch eine theoriegeleitete kapitalismuskritische Praxis, die für die Empirie geöffnet ist, die Demokratisierung sämtlicher Lebensbereiche die Ökonomisierung sämtlicher

<sup>8</sup> Jürgen Habermas, Demokratie oder Kapitalismus, in Demokratie oder Kapitalismus, Berlin 2013, S. 86.

<sup>9</sup> Vgl. Hartmut Rosa, Resonanz: Eine Soziologie der Weltbeziehung, Berlin 2016.

<sup>10</sup> Der Begriff wurde in letzter Zeit besonders durch den Soziologen Andreas Reckwitz geprägt, nachdem die soziale Logik des Allgemeinen durch die soziale Logik des Besonderen abgelöst wurde. Vgl. Andreas Reckwitz, Die Gesellschaft der Singularitäten, Berlin 2018.

<sup>11</sup> Tom Stroh-schneider, Eduard Bernstein oder: Die Freiheit des Andersdenkenden, Berlin 2019, S.18. Das Buch eignet sich auch sonst als hervorragender Einstieg in das theoretische Denken und die Aktualität des Denkens von Eduard Bernstein.



Würde die europäische Sozialdemokratie sich also wieder auf das theoretische Denken Bernsteins zurückbesinnen, hätte dies nicht nur den Vorteil, dass durch eine theoriegeleitete kapitalismuskritische Praxis, die für die Empirie geöffnet ist, die Demokratisierung sämtlicher Lebensbereiche die Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche mit ihren negativen Folgen für das soziale Zusammenleben zurückdrängen würde, sondern auch, dass dies sukzessive durch das Abholen der Menschen in ihrem Alltag und ihren lebensweltlichen Bezügen erfolgen würde.

Lebensbereiche mit ihren negativen Folgen für das soziale Zusammenleben zurückdrängen würde, sondern auch, dass dies sukzessive durch das Abholen der Menschen in ihrem Alltag und ihren lebensweltlichen Bezügen erfolgen würde. Die Transformation der Gesellschaft würde sich also aus gegebenen Voraussetzungen heraus verwirklichen lassen.

Die zweite These, die ich an dieser Stelle vertreten möchte, schließt an Habermas' Kritik an, nach der die europäische Linke immer wieder aus Furcht vor der

für Rechtspopulismus anfälligen Mitte einknicken würde. An dieser Stelle möchte ich Habermas' Beobachtung nicht widersprechen, sondern argumentieren, dass es der europäischen Linken und der europäischen Sozialdemokratie insbesondere an einem wirtschaftspolitischen Narrativ fehlt, das überzeugend auf die Abstiegsängste der Menschen in Europa antwortet und wodurch letztlich Rechtspopulismus begünstigt wird. Verschiedene Studien zeigen, dass Populismus besonders sozioökonomisch bekämpft werden kann und nicht durch das Aufgeben normativer Überzeugungen



„Der Mensch, weder zum Guten noch zum Bösen festgelegt, ist lernfähig und vernunftfähig. Daher ist Demokratie möglich. Er ist fehlbar, kann irren und in die Unmenschlichkeit zurückfallen. Darum ist Demokratie nötig. Weil der Mensch offen ist und verschiedene Möglichkeiten in sich trägt, kommt es darauf an, in welchen Verhältnissen er lebt. Eine neue und bessere Ordnung, der Würde des Menschen verpflichtet, ist daher möglich und nötig zugleich.“

(z. B. das Eintreten für Menschenrechte). So zeigt beispielsweise die kürzlich erschienene Studie des Politikwissenschaftlers Philip Manow, dass besonders ökonomische Gründe wie Ungleichheit und Verlustängste den Erfolg des Populismus erklären.<sup>12</sup> Insbesondere die von dem Wirtschaftssoziologen Oliver Nachtwey erforschten subjektiven Abstiegsängste lassen den Erfolg des Populismus dabei aus ökonomischer Sicht verständlich werden. So schreibt Nachtwey über die Abstiegsängste: „Die Betroffenen erfahren sie als Sinnkrise und als Verlust ihrer sozialen Reputation.“<sup>13</sup> In Deutschland scheinen dafür nicht zuletzt auch die Agendapolitik und das Festhalten an der schwarzen Null bei gleichzeitig fehlenden Investitionen in dringend notwendige Infrastrukturmaßnahmen verantwortlich zu sein. Was die Sozialdemokratie also dringend bräuchte, wäre ein Zukunftsoptimismus stiftendes wirtschaftspolitisches Narrativ, das auf die soziale Ungleichheit sowie auf die Abstiegsängste und gespürte Arbeitsmarktunsicherheit überzeugend mit Instrumenten der gemeinschaftlichen Solidarität antwortet.<sup>14</sup> Besonders in der deutschen Sozialdemokratie scheint dies jedoch bislang lediglich

bei vereinzelt Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wie der Berlinerin Cansel Kiziltepe, die u. a. das Projekt [steuermythen.de](http://steuermythen.de) mitgegründet hat und eine der wenigen positiven Ausnahmen darstellt, angekommen zu sein. Ob, in den Worten des Politologen Albrecht von Lucke gesprochen, die liberale Demokratie „wieder voll funktionstüchtig werden kann oder ob daraus am Ende doch ein Totalschaden wird“<sup>15</sup> dürfte damit nicht unwesentlich von ökonomischen Richtungsfragen und Antworten (die sich mit ökologischen Zielen vertragen) abhängen. Andererseits muss aber auch klar sein: Umsetzbare wirtschaftspolitische Antworten auf die Probleme der Menschen vor Ort stellen die Voraussetzung dafür dar, dass in anderen Politikbereichen wie der Migrationspolitik normativ vielleicht sogar dosiert überfordert werden darf.

Die dritte These soll schließlich in Ergänzung zur ersten These eine Antwort auf die vermeintliche Problematik geben, dass sich „supranationale Gebilde nur in einem sehr schwachen Sinne demokratisieren lassen“<sup>16</sup>, da der moderne Kapitalismus ein globales Phänomen darstellt, wohingegen De-

mokratie auf lokaler, kommunaler und nationaler Ebene praktiziert wird.<sup>17</sup> An dieser Stelle möchte ich argumentieren, dass sich zwar auf bestimmte politische Herausforderungen (z. B. im Hinblick auf Steuer- und Klimapolitik) vor dem Hintergrund der Globalisierung nur supranational tragfähige und überzeugende Lösungen entwickeln lassen, sich die politische Kultur betreffende Maßnahmen aber nicht in einem „Entweder-Oder“ zwischen nationaler und lokaler oder supranationaler oder globaler Ebene beantworten lassen. Die Änderung der politischen Kultur und eine Demokratisierung auf supranationaler Ebene kann vielmehr nur dann gelingen, wenn Demokratie als Lebensform verstanden wird, was schon auf der kleinsten Ebene beginnt. Gerade weil sich Demokratie als Lebensform verstanden bereits auf kleinster Ebene verwirklichen lässt, besteht die Möglichkeit, supranationale Gebilde von innen heraus zu demokratisieren, was auch Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und die Ablehnung sämtlicher Diskriminierungsformen impliziert. Das sozialdemokratische Berliner Programm (1989) wusste: „Der Mensch, weder zum Guten noch zum Bösen

<sup>12</sup> Vgl. Philip Manow, *Die politische Ökonomie des Populismus*, Berlin 2018.

<sup>13</sup> Oliver Nachtwey, *Die Abstiegsengesellschaft*, Berlin 2016.

<sup>14</sup> Vgl. im Hinblick auf Solidarität fördernde wirtschaftspolitische Instrumente u.a. Tom Krebs, *Wie wir die soziale Marktwirtschaft zukunftsfest machen können*, <https://makronom.de/wie-wir-die-soziale-marktwirtschaft-zukunftsfest-machen-koennen-28523>, 18.6.2019.

<sup>15</sup> Vgl. Albrecht von Lucke, in: *Blätter* 5/19, S. 83.

<sup>16</sup> Dirk Jörke, *Die Größe der Demokratie*, Berlin 2019, S. 11.

<sup>17</sup> Vgl. Colin Crouch, *Die Superreichen gefährden die Demokratie*, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-04/kapitalismus-demokratie-ungleichheit-globalisierung/komplettansicht>, 18.6.2019.

festgelegt, ist lernfähig und vernunftfähig. Daher ist Demokratie möglich. Er ist fehlbar, kann irren und in die Unmenschlichkeit zurückfallen. Darum ist Demokratie nötig. Weil der Mensch offen ist und verschiedene Möglichkeiten in sich trägt, kommt es darauf an, in welchen Verhältnissen er lebt. Eine neue und bessere Ordnung, der Würde des Menschen verpflichtet, ist daher möglich und nötig zugleich.“ Dies zeigt einerseits, dass demokratische Identitäten durchaus überall in Europa und auf der Welt möglich sind und im nationalstaatlichen Rahmen oder auf lokaler Ebene erste Voraussetzungen dafür geschaffen werden können und andererseits, dass die enormen politischen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den europäischen Staaten verschwinden müssen, wenn sich überall demokratische Identitäten in Europa herausbilden sollen, weshalb der Sozialwissenschaftler und „Blätter“-Redakteur Steffen Vogel zu Recht darauf hinweist, dass die EU zunächst allen Bürgerinnen und Bürgern die politischen Errungenschaften Europas

garantieren und „die EU entschieden auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ihren 27 Mitgliedsstaaten hinarbeiten“ müsse.<sup>18</sup>

#### FAZIT

Zwar bin ich mir darüber bewusst, dass die drei Thesen den komplexen Anforderungen und Herausforderungen eines zukunftsfähigen Europas allein noch nicht ausreichend gerecht werden und besonders noch in praktische Politik übersetzt werden müssen. Aber vielleicht sind dies zumindest drei Grundvoraussetzungen für einen europäischen links-sozialdemokratischen Aufbruch der Zukunft, der statt Pessimismus des Verstandes und Optimismus des Willens auf eine realistische Hoffnung auf die Freisetzung kommunikativer Rationalität durch eine sozialdemokratische Rückbesinnung auf wesentliche Elemente des Denkens des Sozialdemokraten Bernstein im Sinne der Aufklärung setzt und den Menschen zurück in den Mittelpunkt links-sozialdemokratischer Politik stellt. //



„Der Mensch, weder zum Guten noch zum Bösen festgelegt, ist lernfähig und vernunftfähig. Daher ist Demokratie möglich. Er ist fehlbar, kann irren und in die Unmenschlichkeit zurückfallen. Darum ist Demokratie nötig. Weil der Mensch offen ist und verschiedene Möglichkeiten in sich trägt, kommt es darauf an, in welchen Verhältnissen er lebt. Eine neue und bessere Ordnung, der Würde des Menschen verpflichtet, ist daher möglich und nötig zugleich.“

#### // Von Hendrik Küpper

Küpper studiert Politische Bildung und Philosophie/Ethik an der Freien Universität Berlin, engagiert sich bei den Juso-Hochschulgruppen und leitet die Rubrik „junge perspektiven“ in den „perspektiven ds – Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik“, die von der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus e. V. herausgegeben wird, dessen Vorstandsmitglied er ist.

<sup>18</sup> Vgl. Steffen Vogel, Visionäre Europas, vereinigt Euch! In: Blätter 6/19, S. 8.



# PERSPEKTIVEN FÜR DIE EURO- PÄISCHE SOZIALDEMOKRATIE



Was war gesellschaftlich kaum zu beeinflussen? Wo haben die Parteien - insbesondere ihre Führungskräfte - offensichtliche Fehlentscheidungen getroffen?

**FÜHRT DER WEG DIE EUROPÄISCHE SOZIAL-DEMOKRATIE IN DIE POLITISCHE BEDEUTUNGS-LOSIGKEIT ODER ERLANGT SIE WIEDER IHRE ALTE STRAHLKRAFT UND WIRD ZU EINEM TREIBENDEN FAKTOR FÜR EIN STARKES EUROPA?**

Ob das „sozialdemokratische Jahrhundert“ in Europa schon 1982 endete, wie es der Liberale Ralf Dahrendorf postulierte, oder erst mit dem Ausscheiden bedeutender sozialdemokratischer Regierungschefs zwischen 2000 und 2005, wollen wir hier nicht beantworten. Vielmehr geht es um eine Analyse der zwei Jahrzehnte seit der Millenniumswende (Untersuchungszeitraum 1998 bis 2018). Diese Zeit war sowohl geprägt durch geringe Veränderungen und rela-

tive Stabilität als auch durch allmähliche Wandlungen und dramatische Umbrüche. Gekennzeichnet ist sie durch die Komplexität der Entwicklungen, speziell in der europäischen Sozialdemokratie.

Nach einem empirischen Überblick über die Regierungslandschaft in der EU, unter besonderer Berücksichtigung der Wahlergebnisse sozialdemokratischer Parteien, wollen wir deren Verluste untersuchen, um dann den Versuch

einer Bewertung zu unternehmen: Was war gesellschaftlich kaum zu beeinflussen? Wo haben die Parteien – insbesondere ihre Führungskräfte – offensichtliche Fehlentscheidungen getroffen? Abschließend wagen wir einen Ausblick auf die nähere Zukunft der europäischen Sozialdemokratie.

Betrachtet man die sozialdemokratischen Stimmenanteile in Europa zwischen 1998 und 2018, so betrug der durchschnittliche Wert bei nationalen Parlamentswahlen zu Beginn dieses Zeitraums 25,3%, während er heute nur bei etwa 20,7% liegt. Doch entspricht das Bild vom „kontinuierlichen Abstieg“, für den die SPD prototypisch steht, nur zum Teil der Wirklichkeit.

Grundsätzlich lassen sich drei unterschiedliche Trends feststellen: Erstens gibt es eine Gruppe von sozialdemokratischen Parteien in Europa, die im Untersuchungszeitraum erdrutschartige Verluste erlitten. So hat die niederländische Partij van de Arbeid (PvdA) Stimmeneinbußen von über 23% hinnehmen müssen und befindet sich heute am Rande der Bedeutungslosigkeit. Ähnlich dramatische Entwicklungen zeigen sich bei der griechischen PASOK (-37,6%), der Parti socialiste in Frankreich (-21,9%), der Socialni demokrati in Slowenien (-24,5%) und der SDLP in Polen (-34,4%). In Deutschland haben sich die Werte für die SPD exakt halbiert: von 40,9% (1998) auf 20,5% bei der Bundestagswahl 2017.

Eine zweite Gruppe sozialdemokratischer Parteien durchläuft ein Auf und Ab in der Gunst der Wähler/innen. Schwankungen dieser Art unterlag beispielsweise die rumänische PSD, die ausgehend von 21,5% (1998) auf den Spitzenwert von 58,6% (2011) anwuchs, um bis heute auf 45,7% abzusinken. Ähnlich schwankend sind die Werte für die Sozialdemokraten in der Slowakei (von 14,7% über 44,4% zu aktuell 28,3%) und Bulgarien (22,1/17,7/27,2%).

Schließlich verzeichnet eine dritte Parteiengruppe stabile Wahlergebnisse auf hohem Niveau: in Österreich zwischen 27 und 37% und in Schweden zwischen 28 und 40%, die britische Labour Party erreichte mit 29 bis 43% fast identische Werte wie der portugiesische PS (28 bis 44%). Am besten schneiden die maltesischen Sozialdemokrat/innen ab, mit Werten zwischen 47 und 55%. Ebenfalls „stabil“, allerdings am unteren Ende der Skala sind die Genoss/innen auf Zypern, die nur zwischen 6 und 9% erreichten.

Trotz der Unterschiede bei den Wahlergebnissen in den einzelnen Mitgliedstaaten lassen sich auch gruppenübergreifende Entwicklungen feststellen. Besonders positiv sticht heraus, dass es im Untersuchungszeitraum fast überall – außer in Lettland und Estland – Regierungen mit sozialdemokratischer Beteiligung bzw. unter sozialdemokratischer Führung gab. Diese 18 Premierminister bzw. Kanzler hatten meist klangvolle Namen und ihre Regierungszeiten wirken bis heute nach: z. B. Tony Blair, António Guterres (heute UN-Generalsekretär), Lionel Jospin, Wim Kok, Göran Persson, Poul Nyrup Rasmussen, Gerhard Schröder und Konstantinos Simitas – leider durchweg Männer!

Die Kehrseite dieser beeindruckenden Auflistung ist die Ballung der Amtszeiten im ersten Drittel des untersuchten Zeitraums, in dem die Wahlergebnisse mit gut 28% im Durchschnitt auch ihren Höchststand erreichten. Während es um die Jahrtausendwende in 14 der (aktuell noch) 28 EU-Mitgliedstaaten einen sozialdemokratischen Regierungschef gab, ist diese Zahl zwei Jahrzehnte später auf fünf (plus den linken griechischen Ministerpräsidenten) gesunken. Seit 2010 wurden Regierungen unter Führung von Parteien aus der Familie der Sozialdemokratie in Europa in fünf Staaten abgelöst: Italien, Kroatien, Litauen, Österreich und Tschechien.



Die Kehrseite dieser beeindruckenden Auflistung ist die Ballung der Amtszeiten im ersten Drittel des untersuchten Zeitraums, in dem die Wahlergebnisse mit gut 28% im Durchschnitt auch ihren Höchststand erreichten.



Die Ausdifferenzierung der Parteiensysteme führt auch zu immer komplizierteren Formen und Abläufen der Regierungsbildung. In Deutschland reicht nach manchen Umfragen selbst ein Bündnis aus SPD und CDU/CSU nicht mehr für eine stabile Mehrheit.

Insgesamt weisen bei den Veränderungen der sozialdemokratischen Wahlergebnisse über den gesamten Untersuchungszeitraum 27 der 28 EU-Mitgliedstaaten einen negativen Wert auf. Allein in Malta ist ein kontinuierlicher Positivtrend zu verzeichnen, ein relatives Plus in neun weiteren Staaten.

Es gibt eine Vielzahl an unterschiedlichen Erklärungsansätzen für die insgesamt prekäre Situation der SPE-Familie. Folgende Entwicklungen sind unserer Ansicht nach besonders hervorzuheben: Zum einen durchläuft die europäische Parteienlandschaft, auch im Kontext breiterer gesellschaftlicher Entwicklungen, einen Prozess der Individualisierung. Traditionelle gesellschaftliche Milieus lösen sich auf, klassische Parteibindungen verschwinden, was speziell die Sozialdemokratie (be-)trifft. Dies bringt auch eine organisatorische Ausdifferenzierung mit sich. Durch die Gründung zahlreicher Protestparteien sowie politischer Vereinigungen, vor allem auf der rechten Seite, ändert sich nicht nur die numerische Zusammensetzung nationaler Parlamente.

Die Ausdifferenzierung der Parteiensysteme führt auch zu immer komplizierteren Formen und Abläufen der



Regierungsbildung. In Deutschland reicht nach manchen Umfragen selbst ein Bündnis aus SPD und CDU/CSU nicht mehr für eine stabile Mehrheit. Dasselbe gilt für eine Reihe anderer EU-Mitgliedstaaten. Dreierbündnisse entwickeln sich von einer Ausnahme zur Regel, häufigere Kompromisse zwischen Parteiprofile und wecken zugleich mehr Illusionen für scheinbar einfache „Lösungen“.

Nicht zuletzt ist das vermeintliche „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ auch in einer Aneinanderreihung selbstverschuldeter Fehler in den Parteien begründet, basierend auf einem oftmals scheinbar aus der Zeit gefallenen Narrativ. Ob bei der Socjaldemokracja Polska (SDPL) in Polen, der Magyarországi Szociáldemokrata Párt (MSZDP) in Ungarn, dem PS in Frankreich oder auch der SPD in Deutschland – eine Vermengung kollektiver Skanda-

le und individueller Fehlentscheidungen, meist an der Spitze, gepaart mit einem Mangel an Überzeugungskraft für unsere Werte, hat zu teils extremen Abstürzen in der Gunst der Wähler/innen geführt.

Führt der Weg also in die politische Bedeutungslosigkeit oder erlangt die europäische Sozialdemokratie wieder ihre alte Strahlkraft und wird zu einem treibenden Faktor für ein starkes Europa? Zwischen diesen beiden Extremen ist der Weg der linken Parteien nicht konkret vorhersehbar. Um die Verschiebungen in der europäischen Parteienlandschaft positiv zu gestalten, sehen wir mehrere Akzentuierungen als wesentlich an.

Von größter Bedeutung in einer sich wandelnden (Arbeits-)Welt ist die (Neu-)Definierung und Hervorhebung des sozialdemokratischen Narrativs. Ausgehend von den geschichtlichen Wurzeln

der europäischen Arbeiterbewegung in einem nicht minder bewegten Jahrhundert der industriellen Revolution, der „Ausbeutung des Proletariats“ und der Sozialistengesetze müssen wir heute Mut haben, den sozialdemokratischen Markenkern als historisches Kontinuum progressiv zu interpretieren.

Die konkrete Zuspitzung könnte lauten: soziale Gerechtigkeit und Sicherheit und das Versprechen Aufstieg durch Bildung; gleiche Freiheit: „Stärkung des Rechts“ gegen das Recht des Stärkeren; Frieden durch Verständigung und Abrüstung; Schutz der Umwelt durch tief greifende Maßnahmen beim Klimawandel, auch durch Versöhnung von Ökonomie und Ökologie im Austausch mit der nachfolgenden Generation; Gestaltung der Digitalisierung, Zukunft der Arbeit als Arbeit der Zukunft 4.0.

Den Rahmen bildet die europäische Einigung, sie ist ein Prozess sui generis, nicht nur ein „Projekt“! Seit 1866 ist die europäische Einigung Programm der SPD, seit 1925 mit klarem Verständnis: Das wichtige nationale Interesse in jedem Land ist das gemeinsame Europa – und jedem Land kann es nur dann gut gehen, wenn es den Nachbarländern nicht schlecht geht.

Geschichte und Gegenwart zeigen: „Der Feind steht rechts“. Diese Worte Philipp Scheidemanns aus dem Jahre 1918 richten sich auch heute gegen diejenigen, welche eine andere Repu-

blik und nicht nur eine andere Politik wollen: von der AfD in Deutschland und der FPÖ in Österreich, über den Rassemblement National in Frankreich und die Lega in Italien, bis hin zur PVV in den Niederlanden, die „Goldene Morgenröte“ in Griechenland und die PiS in Polen – die Geisteshaltung des Nationalismus ist bestimmt von Fremdenfeindlichkeit und der Illusion, dass alles wieder so wird, wie es früher (niemals) war. Sozialdemokraten sollten dagegen stehen – an jedem Tag, an jedem Ort und jeder Hassparole und jeder Lüge widersprechen. Das hat zur Konsequenz, dass die gesamte SPE-Familie, aber insbesondere die SPD in Deutschland eine Mehrheit diesseits der Konservativen/Christdemokraten anstreben muss. Eine Anpassung an den rechten Mainstream wäre falsch und würde uns schwächen. Rot-rot-grüne Bündnisse müssen auch eine Perspektive sein. Machtoptionen bleiben eine unverzichtbare Strategie.

Programmatik und Positionierung erfordern Personen. Die Sozialdemokratie hat den Anspruch, eine große Projektionsfläche für Wünsche und Erwartungen vieler Menschen zu bilden. Wie einst der Erfolg von Willy Brandt beschrieben wurde: „Den Linken ein Linker, den Rechten ein Rechter“. Menschen wollen Klarheit – sie wollen aber auch Gegensätzliches zur selben Zeit. Dieses ist nur zu leisten durch Wahrhaftigkeit im dialektischen Sinne, nämlich über die Einheit der Gegensätze; pragmatische Programmatik („der

Weg ist das Ziel“) mit einem Schuss linkem Populismus; und überzeugt wie überzeugend persönlich vorgelebt, das heißt Authentizität in Verantwortung.

Wir haben eine Chance: Die Zustimmung zur EU ist heute so hoch wie zuletzt 1983! Das Ende des „sozialdemokratischen Jahrhunderts“ muss nicht das Ende der europäischen Sozialdemokratie bedeuten. Unsere Verpflichtung: Mehr Zusammenarbeit in und zwischen den sozialdemokratischen Parteien der EU wagen – und besser umsetzen. Unsere Chance besteht darin, dass 80 % der Wähler/innen es sich vorstellen können, SPD zu wählen. Es tun aber nur 20 %. Diese Lücke müssen wir schließen! //

*Dieser Beitrag erschien zuerst in Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 5/2019.*

#### // Von Axel Schäfer

Schäfer war Mitglied des Europäischen Parlaments, ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

#### // Von Ulf Stückemann

Stückemann ist Referent im Bundestagsbüro und Doktorand an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).



Geschichte und Gegenwart zeigen: „Der Feind steht rechts“. Diese Worte Philipp Scheidemanns aus dem Jahre 1918 richten sich auch heute gegen diejenigen, welche eine andere Republik und nicht nur eine andere Politik wollen: von der AfD in Deutschland und der FPÖ in Österreich, über den Rassemblement National in Frankreich und die Lega in Italien, bis hin zur PVV in den Niederlanden, die „Goldene Morgenröte“ in Griechenland und die PiS in Polen – die Geisteshaltung des Nationalismus ist bestimmt von Fremdenfeindlichkeit und der Illusion, dass alles wieder so wird, wie es früher (niemals) war.



# WIR MÜSSEN WIEDER STREITEN LERNEN!

## EIN KOMMENTAR VON BIRGIT SIPPEL



Für eine Partei, die an sich selbst den Anspruch stellt, die Interessen der arbeitenden Menschen und damit der großen Mehrheit zu vertreten, ist dieses Ergebnis eine Katastrophe.

Europa hat gewählt. Und das Ergebnis ist gerade auch für die SPD nicht so ausgefallen, wie wir es uns gewünscht hätten. Trotz eines engagierten Wahlkampfes und des unermüdlichen Einsatzes vieler Mitstreiterinnen und Mitstreiter vor Ort konnten wir die Menschen mit unseren Positionen und Forderungen offenbar nicht erreichen. Verloren haben wir in allen Wählergruppen, die größten Verluste gingen – wieder einmal – an die Nichtwähler. Selbst in traditionellen SPD-Hochburgen sind die Ergebnisse bitter. Für eine Partei, die an sich selbst den Anspruch stellt, die Interessen der arbeitenden Menschen und damit der großen Mehrheit zu vertreten, ist dieses Ergebnis eine Katastrophe.

Darüber hinaus hinterlassen die Ergebnisse einer Reihe von rechtskonservativen oder sogar offen rechtsextremen und antidemokratischen Parteien in Mitgliedsstaaten wie Frankreich, Italien oder Ungarn einen bitteren Nachgeschmack und machen die Arbeit des Europäischen Parlaments in der neuen Legislaturperiode sicher nicht einfacher. Schließlich sprechen wir hier von Parteien, die teils offen ein Ende der EU und die Rückkehr zum Nationalstaat propagieren und sich bewusst von ihren europäischen Nachbarn abgrenzen; Parteien, die die Errungenschaften des europäischen Einigungsprojektes – eines friedlichen, demokratischen Europas mit grenzüberschreitenden Frei-



Aber warum bekommen wir solche Wahlergebnisse? Warum wenden sich immer mehr Menschen von der Politik ab und sehen sich womöglich nicht mehr als Teil der Gesellschaft vertreten?

heiten und Rechten für seine Bürger – ignorieren; Parteien, die uns einreden wollen, die globalen Herausforderungen von heute könnten von isolierten Nationalstaaten gelöst werden. Mit anderen Worten: Parteien, die mit Populismus, Lügen und Mythen Wahlkampf betreiben und Politik machen – zum eigenen Machterhalt, zum Missbrauch des Staates für eigene Interessen, Korruption inbegriffen. Auch dieses Wahlergebnis ist ein Warnsignal an uns alle.

Aber warum bekommen wir solche Wahlergebnisse? Warum wenden sich immer mehr Menschen von der Politik ab und sehen sich womöglich nicht mehr als Teil der Gesellschaft vertreten? Warum entscheiden sich immer mehr Menschen – nach all den Schreckenserfahrungen der Zeiten vor der Europäischen Union – rechtskonservativen oder gar rechtsextremen und antidemokratischen Parteien ihre Stimme zu geben?

Eine häufige Erklärung demokratischer Parteien lautet: Weil diese Parteien mit ihren simplen Parolen und ihrer Glorifizierung des Nationalstaats scheinbar einfache Antworten und damit Orientierung und Überschaubarkeit bieten; in Zeiten, in denen der technische Fortschritt rasant ist und sich die weltweiten Herausforderungen mit Themen wie Klimawandel, Digitalisierung, Migration, Terrorismus oder auch einem US-Präsidenten Trump zu überschlagen scheinen. Aber: das ist zu einfach. Denn im Umkehrschluss bedeutet es eben auch, dass demokratische Parteien – und insbesondere eben

die SPD – offensichtlich schon lange nicht mehr in der Lage sind, Menschen wirklich mitzunehmen, Orientierung zu bieten, glaubwürdige Vertreterinnen ihrer Interessen zu sein. Ob Azubis oder Studierende, Arbeiter\*innen, Handwerker\*innen, Angestellte, kleine Selbstständige oder Arbeitssuchende – sie alle haben Vertrauen verloren und wenden sich ab. Und uns allen muss klar sein: verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen, braucht Zeit und ein klares Profil!

Doch was bedeutet das für die Zukunft der SPD einerseits und die Arbeit als Europaabgeordnete andererseits? Ich bin überzeugt: Köpfe austauschen reicht nicht, scheinbar gerade trendigen Themen hinterherzurennen auch nicht. Trendig? Klimaschutz? Ich will nicht falsch verstanden werden: Umwelt- und Klimaschutz sind wichtig! Und schon lange auch ein soziales Thema, dem wir uns als SPD widmen: vom blauen Himmel über der Ruhr, über die Neubelebung der Emscher, bis zum Strukturwandel mit neuen Perspektiven für die Menschen etwa in Kohleregionen. Doch offenbar ist dieses Engagement im Bereich Umwelt- und Klimaschutz, wie vieles andere, nicht angekommen. Gleiches gilt für die europäische Ebene: Gerade wir als Sozialdemokraten haben uns immer wieder für strenge Regeln und Grenzwerte bei Umwelt- und Klimaschutz eingesetzt. Wahrgenommen wurde das offenbar nicht. Oder auch ein ganz anderes, aktuelles Thema: die Debatte um Artikel 13 der Urheberrechtsrichtlinie. Als deutsche Sozialdemokrat\*innen im Europäischen



### // Birgit Sippel

Sippel ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments, Sprecherin der sozialdemokratischen S&D-Fraktion im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres sowie Kuratoriumsmitglied der Willi-Eichler-Akademie.

Parlament haben wir geschlossen **nicht** für Artikel 13 gestimmt – die deutschen Grünen konnten das nicht von sich behaupten. Dennoch standen eher wir Sozialdemokrat\*innen, neben den Konservativen, in der Kritik.

Mir zeigt all dies vor allem eins: Wir müssen wieder lernen, zu streiten. Damit meine ich, frühzeitig und über alle Ebenen hinweg zuzuhören und die verschiedenen Positionen häufiger und offener zu diskutieren – hart in der Sache, aber fair im Ton. Wir müssen dann aber auch auf unseren Parteitagen klare Beschlüsse fassen und diese Beschlüsse anschließend über alle Ebenen hinweg verständlich kommunizieren, sichtbar vertreten und hiermit zu überzeugen versuchen – nicht zu überreden oder gar einzuschüchtern, was gerade bei rechtsextremen und antidemokratischen Grup-



Die besondere Herausforderung zur neuen Stärkung unserer Demokratie besteht daher gerade auch darin, diejenigen neu zu beteiligen, die sich nicht mehr (ausreichend) als Teil der Gesellschaft sehen.

pen eine beliebte Strategie ist. Partei neu stärken heißt, Sozialdemokratie im Interesse der Menschen wieder erkennbar und wählbar machen. Das wird ein Langstrecken-Staffellauf, den wir nur gemeinsam erfolgreich meistern können. Doch der Aufwand lohnt sich. Schließlich macht der Blick um uns herum deutlich: Die Werte der Sozialdemokratie werden dringend gebraucht!

Und auch „Europa“ muss stärker Teil unserer Diskussionen vor Ort werden. Denn die hohe Wahlbeteiligung in den meisten Mitgliedstaaten zeigt auch: Es besteht Interesse an Europa! Also: Reden wir drüber – als Europaabgeordnete, aber auch weit darüber hinaus. Für mich als Europaabgeordnete eine Herausforderung in doppelter Hinsicht: Im neu zusammengesetzten Europäischen Parlament müssen wir mit veränderten und zum Teil schwierigeren Bedingungen Gesetze und Regeln für die Bürgerinnen und Bürger Europas gestalten; die dazu notwendigen Mehrheiten müssen immer wieder neu organisiert werden. Und in den Regionen müssen wir, trotz aller zeitlicher Schwierigkeiten, noch viel mehr als bisher Diskussionen zu europäischer Politik anregen, unterstützen und selbst stärker sichtbar werden. Dazu müssen Diskussionen zu anstehenden Entscheidungen in Kommunen, Land, Bund und Europa viel selbstverständlicher werden – insbesondere in den Medien, aber auch in den Verbänden vor Ort – analog und digital.

Es reicht daher nicht, etwa erst kurz vor den Europawahlen wieder auf das The-

ma Europa zu kommen. Europäische Politik beeinflusst uns alle, jeden Tag. Dennoch wird viel zu wenig darüber geredet und wenn, dann allzu oft nur aus der rein nationalen Perspektive. Eine „europäische Öffentlichkeit“ ist eben nicht dadurch gegeben, dass zum Beispiel in allen Staaten über den Brexit gesprochen wird. Nur wenn wir auch die Positionen anderer Mitgliedstaaten oder Regionen erfahren, können wir europäische Diskussionen und Beschlüsse einordnen und bewerten. Erst wenn wir aufhören, immer nur die deutschen Minister\*innen oder Bundestagsabgeordneten zu europäischen Entwicklungen zu befragen, sondern ebenso die Vertreterinnen und Vertreter in Brüssel, im Europäischen Parlament, der Kommission und dem Rat zu Wort kommen lassen, können wir informiert gemeinsame Wege und Lösungen für uns alle in der EU diskutieren.

Neben der besonderen Verantwortung traditioneller Medien müssen wir auch neue kreative Formen des Austauschs und der Auseinandersetzung wagen. Die Europäische Bürgerinitiative, ebenso wie nationale Bürgerbegehren, ist zwar ein guter Ansatz, aber sie ist kein Ersatz für öffentliche Diskussionen, sondern im besten Fall das Ergebnis einer solchen. Bei vielen Bürgerdialogen zur EU trifft man zudem oft eher auf bereits politisch interessierte, tendenziell proeuropäische Menschen, während ein erheblicher Teil unserer Gesellschaft solchen Foren meist fernbleibt. Ähnliches gilt für viele Bürgerbeteiligungen vor Ort, bei denen mitunter mehrheitlich betroffene Akteure präsent sind.

Die besondere Herausforderung zur neuen Stärkung unserer Demokratie besteht daher gerade auch darin, diejenigen neu zu beteiligen, die sich nicht mehr (ausreichend) als Teil der Gesellschaft sehen. Bürger-Dialoge müssen daher viel regelmäßiger stattfinden, gerne auch mal an ungewöhnlichen Orten und gerne auch häufiger (aber niemals ausschließlich) digital; Einladungen, gerade zu konkreten Fragen, können auch mal gezielt an repräsentativ ausgewählte Bürger gehen. Zudem müssen die öffentlichen Debatten mehr Verbindlichkeit bieten: Wo Ideen gesammelt werden, braucht es nachfolgende Informationen an Teilnehmer\*innen, was genau eigentlich – und warum – mit diesen Ideen geschehen ist.

Daher: Schluss mit dem Schon-Waschgang! Ob in den Ausschüssen der Parlamente, ob in den Print-, Rundfunk- und sozialen Medien, ob analog oder digital, aber vor allem auch direkt vor Ort: Lasst uns wieder mehr streiten – spätestens nach den Europawahlen und jetzt erst recht! Lasst uns wieder mehr zuhören, mehr Argumente austauschen, mehr diskutieren! Wir dürfen nicht glauben, dass der Austausch von Köpfen auf nationaler Ebene oder zwei peppige Themen allein nachhaltig das Vertrauen in Politik und Sozialdemokratie neu stärken könnten. Und wir dürfen nicht zulassen, dass das Thema EU bis zu den nächsten Wahlen 2024 wieder in der Versenkung landet. Und dann lasst uns unsere Beschlüsse wieder klar kommunizieren und gemeinsam auf allen Ebenen vertreten.

**VERKÜRZT GESAGT:  
WIR ALLE MÜSSEN UNS  
WIEDER STARK MACHEN FÜR  
DEMOKRATIE! WIR ALLE SIND  
DAUERHAFT GEFORDERT.**

Lernen wir wieder zu diskutieren und zu streiten – hart in den Argumenten, fair im Ton, geschlossen nach einmal getroffenen Entscheidungen! //

ALTE UND NEUE KRIEGSGEFAHREN

# RETTET DEN **MULTILATERALISMUS!**

## **MEHR ENGAGEMENT FÜR EINE REGELBASIERTE ORDNUNG**

### **EINLEITUNG**

Der deutsche Philosoph und Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker fasste bereits 1963 die den Erdball umspannenden Vernetzungen und Interdependenzen unter dem Begriff der „Weltinnenpolitik“ zusammen. Heute gehört sie als „Global Governance“ zum Standardvokabular der internationalen Diplomatie. Tatsache ist: Aufgrund der wirtschaftlichen, technologischen und auch politischen Interdependenzen kann kein Staat heute mehr alleine auf die globalen Herausforderungen reagieren. Wir sind auf regionale und globale Zusammenarbeit schlicht angewiesen. Für

viele Bereiche ist die Zeit der nationalen Außenpolitik fast Vergangenheit. Das „Global Village“ verlangt neue Methoden der Politik. Ob wir es wahr haben wollen oder nicht: In den letzten Jahren hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Die Weltinnenpolitik ist insoweit eine Realität, als wir heute mehr denn je Außenpolitik nicht auf rein nationaler Basis betreiben können, sondern von den Gegebenheiten einer interdependenten Welt ausgehen müssen.

Auch in diesem Bereich hat Willy Brandt Pionierarbeit geleistet. 1977 übernahm



„Die Globalisierung von Gefahren und Herausforderungen – Krieg, Chaos, Selbstzerstörung – erfordert eine Art 'Weltinnenpolitik'.“  
Aus der Einleitung zum Nord-Süd-Bericht, 1980



Die multilaterale Weltordnung, welche die letzten siebenzig Jahre währte, zeigt deutliche Risse – ja sogar deren Ende rückt in den Bereich des Denkbaren. Statt eine neue globale Ordnung zu schaffen, in der Staaten gemeinsam die großen Probleme zu lösen versuchen, marschieren viele wichtige Mächte zurück in die Welt des 19. Jahrhunderts.

er den Vorsitz einer internationalen Kommission, die mit neuen Ideen den Stillstand in den Nord-Süd-Beziehungen überwinden sollte. Brandt widmete sich dieser Aufgabe mit aller Kraft. Wie schon bei der neuen Ostpolitik hoffte er, durch konstruktiven Dialog beider Seiten den Konflikt zu entschärfen und das Gegeneinander in ein Miteinander überführen zu können. Brandt begriff Entwicklungspolitik als eine neue, globale Dimension der Friedens- und Entspannungspolitik. 1980 erschien der Kommissionsbericht unter dem Titel „Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer“. Der „Brandt-Report“, in dessen Zentrum der Ruf nach mehr globaler Verantwortung und einer neuen kooperativen Weltordnung steht, thematisierte, mitten im Kalten Krieg, brennende Weltprobleme wie Armut, Unterentwicklung und Gewalt, die auch heute noch zu den zentralen Herausforderungen internationaler Politik gehören.

### DIE WELT AUS DEN FUGEN

Trotz beachtlicher Erfolge bei der Bekämpfung von Armut und Hunger ist die Welt mehr als vierzig Jahre danach von einer stabilen und gerechten Friedensordnung immer noch weit entfernt. Wir erleben derzeit, wie eine neue globale Machtstruktur entsteht, in der die alten Gewissheiten über den Haufen geworfen werden. Wir befinden uns in einer Art „Interregnum“ im Sinne des italienischen Kommunisten und Philosophen Antonio Gramsci, der damit eine Zeit beschrieb, in der die alten Regeln nicht mehr gelten, neue aber noch nicht gefunden sind und stattdessen viele „morbide“ Symptome auftauchen.

Die multilaterale Weltordnung, welche die letzten siebenzig Jahre währte, zeigt deutliche Risse – ja sogar deren Ende rückt in den Bereich des Denkbaren. Statt eine neue globale Ordnung zu schaffen, in der Staaten gemeinsam die großen Probleme zu lösen versuchen, marschieren viele wichtige Mächte zurück in die Welt des 19. Jahrhunderts. In dieser Welt der Nationalstaaten betreiben alte und neue Mächte offener denn je pure Interessenpolitik, getrieben von der Suche nach dem kurzfristigen ökonomischen oder machtpolitischen Vorteil. Nicht selten geht es ganz schlicht darum, sich und seine korrupte Clique an der Macht zu halten. Internationale Werte und die uneingeschränkte Gültigkeit von internationalen Abkommen werden zunehmend in Frage gestellt – und dies beileibe nicht nur von Donald Trump. Statt wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Verflechtung drohen Handelskriege und neue Aufrüstungsrunden. Die Kündigung des INF-Vertrages durch die Vereinigten Staaten und Russland am 2. Februar d.J. kann hier als Menetekel gelten.

Die internationale Ordnung ist derzeit weniger von Machtkonzentration als von Machtdiffusion geprägt. Während Russlands Macht nur noch dazu reicht, die internationale Ordnung zu stören und Chinas Macht und Wille (noch!) nicht ausreichen, sie zu konstruktiv mitzugestalten, ist die einzige Macht, die dazu in der Lage wäre – die USA – offenbar nicht mehr dazu bereit, als Garantie- und Ordnungsmacht aufzutreten und öffentliche Güter bereit zu stellen. Ob die Europäische Union – angesichts der tiefen Krise, in der sie sich befindet – zusammen mit anderen liberalen Demokratien (Australien, Japan,

Kanada, Mexiko) in einer von Heiko Maas propagierten „Allianz der Multilateralisten“ dieses Machtvakuum wird auffüllen können, bleibt abzuwarten.

### DONALD TRUMP UND DIE KRISE DES ATLANTIZISMUS

Die bewährte internationale, regelbasierte Ordnung ist nicht nur den Anfechtungen aus China und Russland ausgesetzt, sondern auch jenen aus der US-Administration. Die USA unter Trump schicken sich an, von einer globalen Führungsmacht zu einem Land des Nationalismus und Isolationismus zu werden, von einem „wohlmeinenden Hegemon“, der öffentliche Güter bereitstellt zu einer Großmacht unter anderen Großmächten. Die Pax Americana, das Ende des amerikanischen Jahrhunderts wird ironischerweise nicht durch einen Herausforderer, sondern durch die USA selbst eingeläutet. Trumps „America First“-Doktrin betrachtet die Welt als Nullsummenspiel. Die internationalen Beziehungen bestehen dabei aus geschäftsmäßigen Transaktionen, die ausschließlich danach beurteilt werden, ob sie den USA nutzen oder nicht.

Am gefährlichsten für die Zukunft der internationalen Ordnung sind Trumps Attacken gegen die Welthandelsordnung, gegen den Atomwaffensperrvertrag – und gegen die Europäische Union. Trump ist aus den Verhandlungen für das transatlantische Handelsabkommen TTIP ausgestiegen. Er hat – zur großen Freude Pekings – das Transpazifische Handelsabkommen und das Pariser Klimaabkommen aufgekündigt, das Budget des Außenministeriums um 30 Prozent gekürzt und wiederholt die Rolle Amerikas in der NATO in Zweifel



gezogen. Trump hat das Nuklearabkommen mit dem Iran mit einem Paukenschlag aufgekündigt und die Vereinten Nationen gezwungen, das Budget für ihre Friedensmissionen um 600 Millionen Dollar zu kürzen.

Der NATO gegenüber agiert der US-Präsident wie ein Schutzgeldeintreiber. Die Äußerung Trumps, Deutschland schulde der NATO und den USA große Summen ist und bleibt schlichter Unfug und die damit verbundene Gleichsetzung von NATO und USA sagt einiges aus. Kluge internationale Politik bemisst sich nicht nach Haben und Soll. Die NATO ist kein Inkassobüro sondern ein Militärbündnis. Die vielzitierte Vereinbarung der NATO-Staaten von Wales zu den Militärausgaben im Jahr 2014 drückt unter dem Eindruck sinkender Ausgaben lediglich eine politische Erwartungshaltung aus: Die „Verteidigungsausgaben sollen sich

innerhalb von zehn Jahren auf den Richtwert von 2 Prozent zubewegen“. Eine apodiktische Festlegung auf zwei Prozent wurde demnach weder vereinbart noch macht eine solche pauschale Festlegung des Anteils am BIP Sinn. Für Deutschland würde der 2-Prozent-Anteil nahezu eine Verdoppelung unserer derzeitigen Militärausgaben bedeuten. Damit hätten wir einen höheren Wehreat als die Atommächte Frankreich und Großbritannien. Davon abgesehen gilt: Über den deutschen Verteidigungsetat bestimmt nicht der US-amerikanische Präsident, sondern der Deutsche Bundestag. Schon jetzt geben die NATO-Mitglieder mit rund 900 Milliarden Dollar dreimal so viel für ihre Armeen aus wie Russen und Chinesen zusammen. Das Letzte, was die hochgerüstete Welt braucht, ist ein globaler Rüstungswettlauf, der Ressourcen absorbiert, die dringend für andere Ausgaben, etwa in



Am gefährlichsten für die Zukunft der internationalen Ordnung sind Trumps Attacken gegen die Welthandelsordnung, gegen den Atomwaffensperrvertrag - und gegen die Europäische Union.



Bildung, Forschung, Abrüstung, Gesundheit, Infrastruktur und Umweltschutz, benötigt werden.

Die liberale Demokratie und das Projekt des Westens stehen zweifelsohne unter Beschuss. Doch auch dies wäre nicht das Ende des Westens, der EU und der Demokratie. Aber es wird Zeit, dass die liberalen Kräfte die autoritäre Herausforderung annehmen. Dazu reicht es nicht, einzelne Politiker als „letzte Verteidiger des freien Westens“ auszurufen. Vielmehr müssen die liberalen Demokratien und ihre Gesellschaften noch enger zusammenarbeiten. Nur dann kann Europa seine Krise überwinden, sich auf seine Stärke besinnen und mehr Verantwortung übernehmen. Zumal wir registrieren müssen, dass

wir uns in einer Zeit befinden, in der das, was der Historiker Heinrich August Winkler das „normative Projekt des Westens“ nennt (Gewaltenteilung, unveräußerliche Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, repräsentative Demokratie und Minderheitenrechte) verteidigt werden muss. Und zwar nicht nur abstrakt, sondern sehr konkret, vor Ort, wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier immer wieder hervorhebt, vor allem in der Auseinandersetzung mit denen, die diese Werte in Frage stellen oder bedrohen.

#### **SICHERHEIT MIT UND VOR RUSSLAND**

Wer heutzutage für neue Initiativen in der Russlandpolitik wirbt, bekommt



Wir brauchen eine Politik, die mit neuen Initiativen und Formaten dazu beiträgt, Blockaden aufzubrechen und aus Sackgassen herauszukommen. Eine Politik, die von der Akzeptanz und einer schonungslosen Analyse des Status quo ausgeht und versucht, diesen mit einer pragmatischen Politik der kleinen Schritte zu überwinden.

nicht selten umgehend das Etikett des „naiven Russland-Verstehers“ verpasst. Deshalb vorweg: Ja, der russische Staat hat das Völkerrecht gebrochen, führt in der Ostukraine und in Syrien Krieg, versucht die EU und die westlichen Demokratien zu destabilisieren und ist womöglich sogar Schuld an der Wahl Donald Trumps. Es wird nicht besser dadurch, dass auch andere Staaten Völkerrecht gebrochen haben und mehr und mehr auf das Recht des Stärkeren setzen. Entscheidend sind jedoch die Fragen: Was folgt daraus? Und wie geht man mit dieser hochexplosiven und schwierigen Ausgangslage um? Gießt man weiter Öl ins Feuer oder versucht man, die Spirale der gegenseitigen Beschuldigungen, Vorhaltungen und Denkverbote zu überwinden?

Wir brauchen eine Politik, die mit neuen Initiativen und Formaten dazu beiträgt, Blockaden aufzubrechen und aus Sackgassen herauszukommen. Eine Politik, die von der Akzeptanz und einer schonungslosen Analyse des Status quo ausgeht und versucht, diesen mit einer pragmatischen Politik der kleinen Schritte zu überwinden. Die von Egon Bahr konzipierte und von Willy Brandt umgesetzte Ost- und Entspannungspolitik der 1960er und 1970er Jahre war genau dies.

Wir brauchen – heute wie damals – eine ideologiefreie Durchbrechung von Blockaden und Denkverboten bei schonungsloser Benennung der Gegensätze. Es geht nicht darum, sich die russische Seite schönzureden. Es führt aber kein Weg daran vorbei, dass wir genauso Russland brauchen, wie Russland uns braucht und es deshalb notwendig und mittelfristig auch möglich ist, gemeinsame Interessen zu definieren. Dies muss zusammen mit unseren europäischen Partnern – und nicht über deren Köpfe hinweg – geschehen.

Der Vorwurf, der Westen hätte Russland keine Angebote gemacht ist ganz offensichtlich falsch. Gerade Deutschland hat eine Unzahl von Initiativen und Angeboten auf den Weg gebracht. Um den Stillstand zu überwinden, sollten wir jedoch neue Kooperationsformen zwischen den euro-atlantischen Institutionen und den Organisationen großer Teile der ehemaligen Sowjetunion auf den Weg bringen. In diesem Sinne hat bereits die OSZE während der deutschen Ratspräsidentschaft eine engere

wirtschaftliche Zusammenarbeit in einem gemeinsamen europäisch-eurasischen Wirtschaftsraum zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht.

Warum nimmt man Moskau nicht beim Wort und bietet ihm neue Beziehungen und Kontakte zu den von ihm dominierten Institutionen wie der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) und der Organisation für den Vertrag über kollektive Sicherheit (OVKS) an? Dies hätte zum einen den Vorteil, dass die Interessenkonflikte „regionalisiert“ würden und sich nicht nur Russland und „der Westen“ gegenüberstünden, sondern die EU und die EAWU (Russland, Belarus, Kasachstan, Armenien und Kirgistan) und – unter dem Dach der OSZE – die NATO und die OVKS (Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Belarus und Russland). Zum anderen käme man damit dem russischen Bedürfnis nach „Augenhöhe“ entgegen.

Die militärischen Risiken müssen reduziert werden, etwa durch militärische Transparenz, Beschränkungen bei Manövern und bei Truppenstationierungen in gefährdeten Zonen, funktionsfähige Kommunikationskanäle und effektive Inspektionen sowie durch eine Stärkung des Wiener Dokuments zu Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen. Es gilt zudem, die stockende oder abgebrochene Rüstungskontrolle wieder aufzunehmen und auf unbemannte Flugkörper, die Raketenabwehr, zielgenaue Präzisionswaffen und Cyberfähigkeiten auszudehnen. Nach der Kündigung des INF-Vertrages muss das halbe Jahr bis zum Inkraft-

treten der Kündigung dazu genutzt werden, das Abkommen zu retten, auch wenn dies eine Neubewertung der Raketenabwehrprogramme der USA und der NATO in Europa erfordert. Die deutsche Diplomatie muss jede Chance auf eine Verständigung und Kooperation mit Russland sorgfältig ausloten. Kluge Außenpolitik kann nicht warten, bis überall Demokratien existieren, sondern sie bewährt sich gerade im Umgang mit Andersdenkenden.

## RETTET DEN MULTILATERALISMUS

Auch die Vereinten Nationen befinden sich, wie alle multilateralen Organisationen, in der Krise. Das Versagen in Syrien und anderen Konfliktherden ist jedoch nicht ihnen anzulasten, sondern den Nationalstaaten, die maßgeblich zur Blockade im UN-Sicherheitsrat beigetragen haben. Ohne starke und handlungsfähige Vereinte Nationen werden die globalen Herausforderungen nicht bewältigt werden können – sei es mit Blick auf die Nachhaltigkeitsziele, auf Krisenprävention oder Abrüstung. Es reicht dabei nicht, die Unverzichtbarkeit der Vereinten Nationen in Sonntagsreden zu beschwören, sondern wir müssen sie endlich politisch, finanziell, personell und strukturell für die Zukunftsaufgaben fit machen. Über 40 Jahre nach Einsetzung der Nord-Süd-Kommission unter Willy Brandt verbinden die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) im Rahmen der Agenda 2030 die Leitziele Frieden und Gerechtigkeit mit konkreten umwelt-, sozial- und friedenspolitischen Ansätzen. Die reichen Länder haben dabei



Ohne starke und handlungsfähige Vereinte Nationen werden die globalen Herausforderungen nicht bewältigt werden können – sei es mit Blick auf die Nachhaltigkeitsziele, auf Krisenprävention oder Abrüstung. Es reicht dabei nicht, die Unverzichtbarkeit der Vereinten Nationen in Sonntagsreden zu beschwören, sondern wir müssen sie endlich politisch, finanziell, personell und strukturell für die Zukunftsaufgaben fit machen.



eine besondere Verantwortung. Daher setzen wir uns für eine Verwirklichung der Agenda 2030 ein und halten trotz aller Widerstände an dem Ziel fest, 0,7% des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen.

Nur die Vereinten Nationen besitzen die Kernkompetenz für die Wahrung des internationalen Friedens und zur Lösung von globalen Herausforderungen. Sie bilden den Kern unserer regelbasierten Weltordnung. Mit neuen Initiativen wollen wir unseren Beitrag zur Erneuerung und Weiterentwicklung der Strukturen der Vereinten Nationen leisten. Dies schließt eine Reform und Erweiterung des UN-Sicherheitsrates ein. Zur Erfüllung ihrer friedenswahrenden Aufgaben benötigen die Vereinten Nationen eine angemessene Ausstattung für ihre Friedensmissionen und der po-

litischen Missionen der Weltorganisation, damit multilaterale Friedenspolitik effektiv betrieben werden kann. Wenn die Regierung Trump offenbar plant, die Zahlungen an den Weltbevölkerungsfonds (UNFPA) einzustellen, müssen andere Staaten einspringen. Hier könnte die EU ein wichtiges politisches Zeichen setzen. Auch das Konzept der Schutzverantwortung (R2P) bedarf der weiteren Ausgestaltung und einer völkerrechtlich legitimierten Implementierung. Im Sinne einer Friedensverantwortung (responsibility for peace) gilt es vor allem, die präventive Säule der Schutzverantwortung international zu stärken.

Der Kampf gegen die postfaktischen Populisten, Nationalisten und Rassisten innerhalb und außerhalb Europas ist wichtiger denn je, mögen sie nun Trump, Erdogan, Salvini, Orbán oder

Kaczynski heißen. Die Krise der Europäischen Union, die Flüchtlingskrise, die Ukraine-Krise, die innere Entwicklung der Türkei, der internationale Terrorismus, das Sterben in Syrien und die Implosion des Nahen Ostens – all dies kann nicht mit den Rezepten von vorgestern, mit nationalen Alleingängen, Abschottung und Protektionismus gelöst oder bekämpft werden.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir an den über Jahrzehnten geschaffenen Regeln und Normen der internationalen Politik festhalten, sie stärken und anpassen. Wir brauchen eine internationale Ordnung, die auf gemeinsame Interessen, auf Einvernehmen, auf Kooperation, Mitgestaltung und friedlichen Wandel gründet. Diese Errungenschaften dürfen trotz aller Rückschläge nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Die Sozialdemokratie steht für Frieden, internationale Kooperation und für die Stärkung und den Ausbau der bewährten internationalen Organisationen (UN, OSZE, EU und NATO). Die globalen Zukunftsaufgaben sind nicht durch nationalistische Alleingänge, sondern nur gemeinsam zu bewältigen. Gerade in Zeiten neuer Spannungen und nationalistischer Alleingänge brauchen wir Entspannung und eine globale Weltinnenpolitik im Sinne von Willy Brandt. //

// Von **Dr. Rolf Mützenich**

Kommissarischer Vorsitzender  
der SPD-Bundestagsfraktion

Der Text „**Rettet des Multilateralismus! Plädoyer für eine regelbasierte Weltordnung**“ entstammt dem Buch von Peter Brandt, Reiner Braun und Michael Müller „**Frieden! Jetzt! Überall!**“. Taschenbuch: 336 Seiten

Verlag: Westend Verlag; Auflage: 1 (2. Juli 2019)S. 96–102

# WILLI-EICHLER-AKADEMIE UND WILLI-EICHLER-BILDUNGSWERK

Seit der Gründung des Willi-Eichler-Bildungswerks am 6. Juni 1977 durch Günter Schlatter, Karl-Heinz Otten u.a. hat sich die Arbeit des Bildungswerks angesichts vieler neuer Themen ständig verändert. Den Vorsitz des Trägervereins Willi-Eichler-Akademie hat mittlerweile Martin Schilling inne.

Seit 1978 haben mehr als 60.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer Seminare des WEB besucht. Die thematischen Schwerpunkte haben sich in diesen Jahren immer auch der aktuellen politischen Situation angepasst. Unsere Veranstaltungen widmen sich Themen wie Lebendige Demokratie und Partizipation, Zuwanderung und Integration, Bildung und Qualifizierung für politisches Handeln, Demographischer Wandel. Auch Seminare für Schöpfunginnen und Schöpfung bzw. ehrenamtliche Richterinnen und Richter bilden einen wichtigen Teil der Seminararbeit.

## LEITBILD UND GRUNDZÜGE UNSERER ARBEIT:

Unser originärer Auftrag ergibt sich durch das Weiterbildungsgesetz in Nordrhein-Westfalen und die Ausrichtung „Politische Bildung“. Unsere Ausrichtung ist durch das Erbe Willi Eichlers beschrieben, und wir richten uns in erster Linie an die sozialdemokratische Gemeinde. Anders als in der Gründungsphase ist diese Gemeinschaft heute nicht mehr so homogen,

und die Zugänge sind sehr unterschiedlich. Deswegen suchen wir den Dialog zu allen, die den politischen Diskurs im Sinne unserer Grundwerte führen und politisches Engagement als einen wichtigen Pfeiler unserer demokratischen Ordnung sehen.

**Wir bieten Programme und Fortbildungen an**, die die Teilhabe an der demokratischen Meinungsbildung ermöglichen. Neben allgemein politischen Themen richten wir uns aber auch mit einem Qualifizierungsprogramm an diejenigen, die sich engagieren wollen und hier Unterstützung und Fortbildung suchen. Mit Blick auf die ehrenamtliche Arbeit in den kommunalen Parlamenten entwickeln wir ein langfristiges Fortbildungs- und Coachingangebot.

**Wir bieten uns im Rahmen unserer Möglichkeiten aber auch als Denkfabrik an.** Ein Beirat unterstützt dabei die Arbeit der hauptamtlichen Mitarbeiter\*innen und setzt zusätzliche Impulse. Wir analysieren aktuelle Trends und nachhaltige Entwicklungen mit Schwerpunkt auf dem kommunalpolitischen Ehrenamt. Dies gilt sowohl für die persönliche als auch für die inhaltliche Qualifizierung. Im Rahmen eigener Projekte oder im Auftrag bietet die Willi-Eichler-Akademie eine fundierte Basis und Struktur für eine qualifizierte Auseinandersetzung mit Themen an.

**Wir verstehen uns auch als Netzwerk und führen Entwicklungen, Themen und Personen innerhalb der Region zusammen.** Dabei suchen wir die Zusammenarbeit mit anderen Bildungswerken in Nordrhein-Westfalen und Partnern, die an ähnlichen Fragestellungen interessiert sind. Wir bieten unsere Leistungen an und suchen den Austausch von Ideen. Hintergrundgespräche und Networking-Veranstaltungen bieten den Raum für Gespräche und Begegnungen.

**Wir informieren über aktuelle Trends im Bereich der Public Affairs, der politischen Kommunikation und des politischen Campaigning.** Dies geschieht durch Publikationen, unseren Rundbrief und aktuelle Informationsangebote im Online-Bereich, welche zurzeit ständig erweitert werden.

Aktuell können Sie sich über unsere Arbeit unter [www.web-koeln.de](http://www.web-koeln.de) informieren.



WILLI-EICHLER-  
AKADEMIE e.V.

Willi-Eichler-Akademie e.V.

Venloer Wall 15 · 50672 Köln · [www.web-koeln.de](http://www.web-koeln.de)

# ABSCHLUSSERKLÄRUNG SOLIDAR GENERALVERSAMMLUNG 21. JUNI 2019

## SOLIDAR ANNUAL GENERAL ASSEMBLY

### STATEMENT: SOCIAL JUSTICE – THE COMPASS FOR THE NEXT FIVE YEARS

1. Europe finds itself at a historic crossroads. Since the establishment of the first common institutions, the continent has seen peace, prosperity and progress. However, the very foundations of our common project are endangered by rising populism and nationalism. This development is not merely a European matter, for on the world-wide scale even sustainable development has been cast aside in favour of short-term crisis management leading to increasing inequalities and precarious living and working conditions. The mandate ahead for the European institutions will determine the future of the European Union. This future must be founded on social justice in order to sustain democracy.
2. Against the backdrop of increased fragmentation in the European Parliament and the revamped group of the far-right, there is also a brighter side to the outcome of the European elections. The increased turnout, for instance, supported also by a joint effort of CSOs, like SOLIDAR, who joined the campaign launched by the European Parliament #ThistimeImvoting. We supported our members through mobilisation materials with a three-fold aim: to support efforts to overcome indifference, to mobilise for a progressive agenda, and finally to vote against the dangers of anti-European and new fascists gaining ground in too many EU countries.

A second positive outcome is that in the end the far-right didn't get enough votes to block institutional processes at the EU level. Nevertheless, democracy is still under threat. The fragmentation of the EP is a result of the objections that citizens are expressing towards the status quo, including political parties and the responsiveness and functioning of the EU institutions. Rising inequalities have torn apart social cohesion, individualism has nurtured egoism and undermined the idea that solidarity-based policies drive society towards a better future.

3. Civil Society Organisations are the pulse of society. Civil Dialogue is even more important now: citizens and the EU institutions who are supposed to represent them are unable to reinforce democracy alone and seem unable to dialogue for social progress. Civil Dialogue, complementary to Social Dialogue, is the means to integrate social forces into policy making, to include citizens in the decision-making process and finally deliver the policies that are needed to make our society sustainable.
4. SOLIDAR's manifesto called for Social Justice. Now that the elections are over, we will be watchdogs for the mandate ahead to make it the priority of the upcoming work plan: for building inclusive societies, thus adopting a human rights-based approach for the reception and integration of migrants and centring the MFF on social investment – including for education and lifelong learning; for building learning societies where people living in Europe are equipped with the necessary knowledge and skills to be active in society and cope with the ongoing transformations; for just societies, fighting tax evasion, tax avoidance and corruption of financial social investment; for international solidarity and the new EU Action Plan on Democracy and Human Rights to have a strong focus on Economic and Social Rights, namely on freedom of association, and identify concrete measures to actively promote them in its development, trade and political relations with partner countries.
5. It is time to relaunch the European project as a truly fair and sustainable structure that has at its core the protection and well-being of all its citizens. At stake is the democratic dimension of our society. Organised civil society across Europe is ready to stand to defend and advance social and societal progress! //

# PLATT FORM EURO PA —

*—Warum wir schlecht über die EU reden  
und wie wir den Nationalismus mit einem neuen  
digitalen Netzwerk überwinden können*

**JOHANNES HILLJE**

**BJÖRN HACKER**

# WENIGER MARKT MEHR POLITIK



**Europa rehabilitieren**



**STANDPUNKTE**